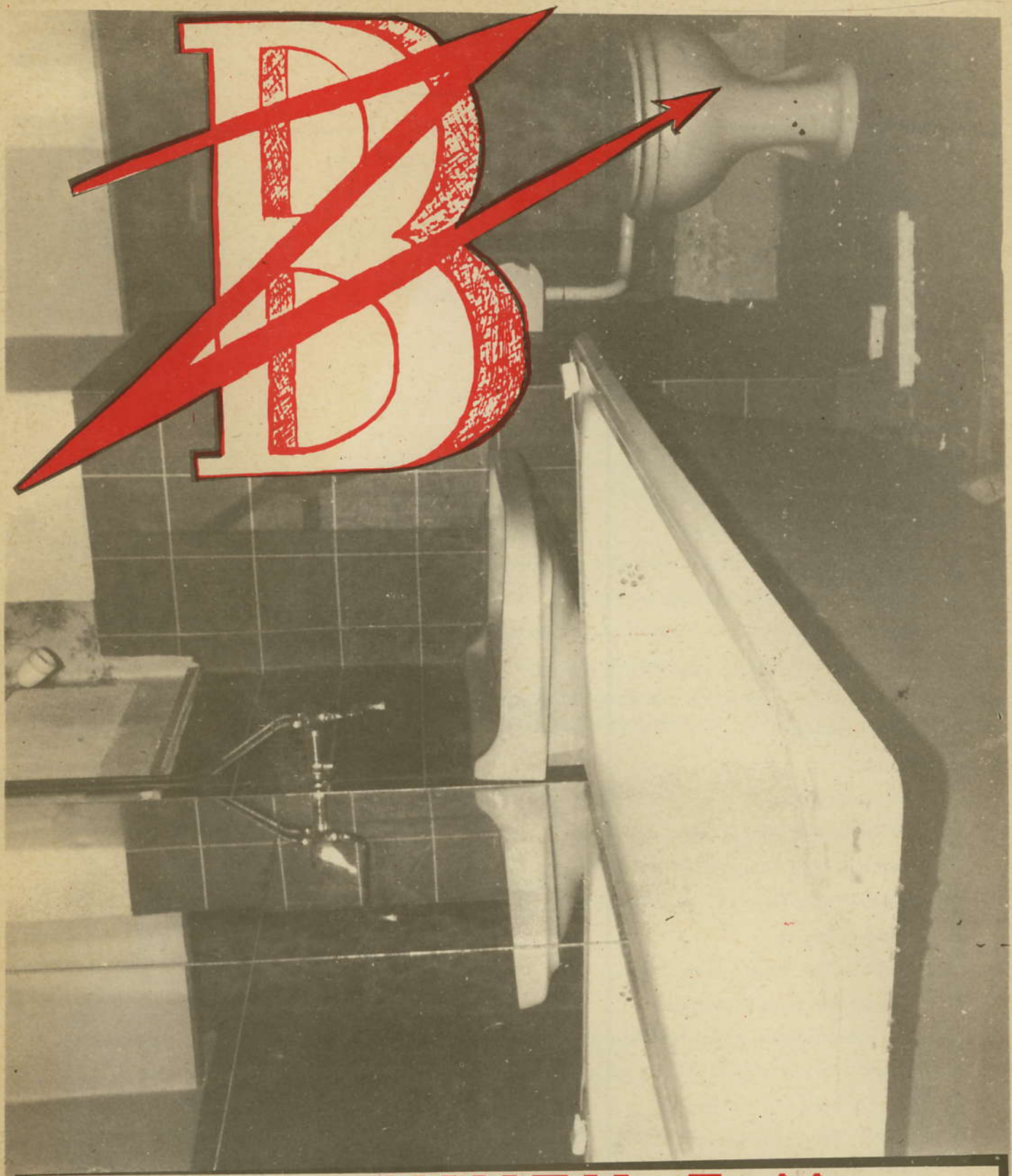


BesetzerINNEN Zeitung

00 AUSGABE 6.August 1990

Herausgeber: Die BesetzerINNEN

INHALTSVERZEICHNIS

Multikulturell, multinational. offensiv	1
Eine Einleitung... zur Strukturdiskussion der Zeitung	3
kurze Zusammenfassung der Diskussion auf dem 1. Treffen der Ost- West- Berliner Häuserzeitung/Info am Freitag den 13.7	3
KONZEPT	4
In Sachen Häuserzeitung	4
Idee eines Konzeptes für die Häuserzeitung	5
Konzeptlose Konzeption einer Häuserkampfzeitung	6
AnwohnerInnen- Flugi der Scharnweber 38 mit Kommentar	7
Zur Besetzung am Wassertorplatz	8
Marchstraße Durchsetzen	11
Tuntenhaus Forellenhof - THEKLA	13
Kinderfest auf dem Boxhagener Platz	13
Das Vertragsgremium - Versuch einer Selbstdarstellung	14
Vertragsgremium vom 19.07.90	15
Vorschlag für verbindlich arbeitende Strukturen	15
Strukturpapier	16
Bericht	16
Grünbergerstraße	17
Die Öffag Friedrichshain vom 26.07.90	17
Protokoll vom Magistratstermin am 20.07.	19
Protokoll vom Westberliner Häusertreffen in der Lübbi	20
Presseerklärung	22
Natascha und Iwan haltens Maul	24
Finstere Räumung in Holland	25
Bundesweite Demo gegen nationale Euphorie	27
irgendwann, irgendwie, irgendwas... in der Hafenstraße	28
Kein Dialog mit Faschisten!	32
Offener Brief an Ingrid Köppe vom Bündnis 90	33
KINO KANAL KRAAK	34
Forelle Blau	35
Faschistischer Terror auf dem Hauptbahnhof gegen AusländerInnen	36

Multikulturell, multinational, offensiv

Nachdem auch bei dem 2. Treffen nach einer kurzen Diskussion klar wurde, daß es für die Anwesenden unterschiedliche Schwerpunkte & Rangehensweisen in Bezug auf eine Häuserzeitung gibt, einigten wir uns darauf, daß einzelne Gruppen ihre Vorstellungen dazu in der 1. 0- Nummer formulieren sollten, um damit möglichst bald und breit eine Diskussion mit mehr Häusern in Gang zu setzen.

Suggestions:

4 fänden es wichtig, daß die Zeitung als ein Diskussionsforum gesehen wird, zu und an dem sich möglichst alle besetzten Häuser verantwortlich fühlen, damit es auch wirklich ein Ding von ALLEN wird, um somit dem FIESEN MOLOCH "Zentralisation" die Tür vor der Nase zuzuknallen!

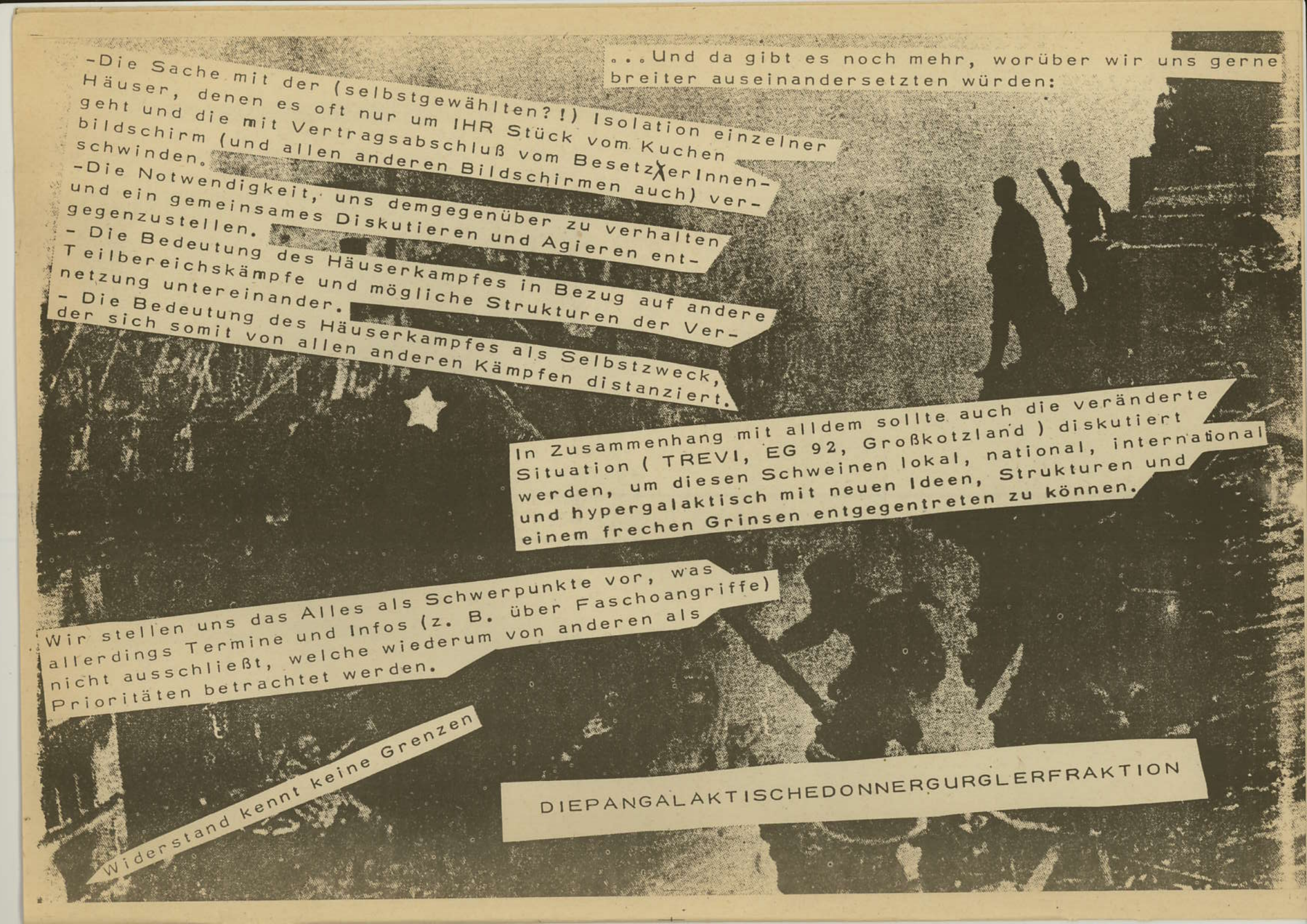
Bisher hatten die Gespräche/Vorstellungen darüber, was die Zeitung beinhalten soll, größtenteils mit Ost-Gremien (B-Rat, vertragsgremium...) sowie mit Problemen wie Faschos und Leerstand im Osten zu tun.

4 finden es deshalb wichtig, daß die Westhäuser sich in verstärktem Maße an dem Diskussionsablauf in der und um die Zeitung einklinken, da sonst eine Dominanz der Osthäuser entstehen könnte, die aufgrund der großen Zahl an dort besetzten Häusern jetzt schon ersichtlich ist.

4 stellen fest, daß es trotz dem Faktum, daß es in West-Berlin schwieriger ist, Häuser zu halten, ebenso wichtig ist, den Kampf auch witerhin im Westen zu führen.

4 stellen weiterhin fest, daß sich ein großer Teil der WestbesätzerInnen mittlerweile im Osten tummelt.

Zu einer diesbezüglichen Diskussion stellen wir uns die die Zeitung als sehr geeignet vor.



...Und da gibt es noch mehr, worüber wir uns gerne breiter auseinandersetzten würden:

-Die Sache mit der (selbstgewählten?!) Isolation einzelner Häuser, denen es oft nur um IHR Stück vom Kuchen geht und die mit Vertragsabschluß vom BesetzerInnen-bildschirm (und allen anderen Bildschirmen auch) verschwinden.

-Die Notwendigkeit, uns demgegenüber zu verhalten und ein gemeinsames Diskutieren und Agieren entgegenzustellen.

- Die Bedeutung des Häuserkampfes in Bezug auf andere Teilbereichskämpfe und mögliche Strukturen der Vernetzung untereinander.

- Die Bedeutung des Häuserkampfes als Selbstzweck, der sich somit von allen anderen Kämpfen distanziert.

In Zusammenhang mit alldem sollte auch die veränderte Situation (TREVI, EG 92, Großkotzland) diskutiert werden, um diesen Schweinen lokal, national, international und hypergalaktisch mit neuen Ideen, Strukturen und einem frechen Grinsen entgegentreten zu können.

Wir stellen uns das Alles als Schwerpunkte vor, was allerdings Termine und Infos (z. B. über Faschoangriffe) nicht ausschließt, welche wiederum von anderen als Prioritäten betrachtet werden.

Widerstand kennt keine Grenzen

DIEPANGALAKTISCHEDONNERGURGLERFRAKTION

Eine Einleitung...
...zur Strukturdiskussion der Zeitung

Ich will hier nicht auf das 'warum' eingehen, denn das ist schon oft genug belabert, worden bis zur Erschöpfung.
Allerdings ergibt sich das 'warum' z.T. auch aus dem 'wie' und vor allem aus dem 'für wen'.
An diesem Punkt laufen die Meinungen in der unverbindlichen Gruppe von Interessierten, welche sich am 13.7 und 20.7 traf, auseinander.

Es gibt im Kern 2 Versionen (Versionen?), die sich, meiner Meinung nach, nicht (jedenfalls nicht im Moment) miteinander vereinbaren lassen:

Version a)
...eine interne BesetzerInnen- Infozeitung als Forum zur Organisation der Bewegung,
zur Gewährleistung des Informationsflusses,
zur Selbstdarstellung und inhaltlichen Auseinandersetzung

Version b)
...eine offene Häuserzeitung für die 'breite Masse' zur Darstellung und Veranschaulichung unserer Ideen und Lebensformen,
zur politischen Bildung,
zur Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen

Ohne eine notwendige Öff- Arbeit abwerten zu wollen, finde ich es im Augenblick effektiver, einfacher zu bewältigen und vor allem wichtiger, erstmal eine Zeitung für uns zu machen.
Wir sollten die Zeit (die wir jetzt noch haben) nutzen, um unsere Bewegung möglichst gut zu organisieren, um die Stärke und Power entfalten zu können, die da schlummert!

Diese Diskussion muß in allen Häusern stattfinden und kann nur ein Prozeß sein, der sich aus den Auseinandersetzungen entwickelt. Dies kann und soll eine der vorläufigen Aufgaben der Zeitung sein. Aus diesem Grunde gibt es erstmal 2 Null-Nummern, die von einer Gruppe von Leuten gemacht werden, die darauf Bock haben.
Also... überlegt's euch...
und schreibt eure Meinung dazu

Kurze Zusammenfassung der Diskussion auf dem 1.Treffen der Ost- West- Berliner Häuserzeitung/Info am Freitag den 13,7.

Zu Beginn stellte ein Mensch die Idee eines Infoblatts vor, wie sie zuvor auf dem Nachbereitungstreffen der Hamburger Häuserkampftage entwickelt worden war. Dies sieht eine ständige Rotation der Redaktion vor. Es wurde darüber gesprochen, was jeder/jedem an dieser Zeitung wichtig ist. Viele wollen sie als Medium für einen aktuellen Informationsaustausch, um sich z.B über Fascho- Übergriffe zu verständigen. Ausserdem ist es vielen wichtig, ein Infoblatt als kontinuierlichen Austausch zwischen den Häusern zu haben. Also um Strukturen aufzubauen.

Es gab dann eine längere Auseinandersetzung über die Machbarkeit von so einem Rotationsprinzip. Einige meinen, daß nur mit einer festen, verbindlichen Redaktion ein längerfristiges Erscheinen des Infos möglich ist. Wir legten uns darauf fest, daß 1 oder 2 ''Nullnummern'' von einer festen Redaktion, die aus dem Plenum entstehen soll, gemacht werden, und danach entscheiden, in welcher Form die Zeitung dann weitergemacht wird.
Besonders wichtig finden alle, daß regelmäßig Berichte von den verschiedenen Gremien und AG's veröffentlicht werden, wie zB. Vertragsgruppe, Häuserrat, Food- Coops, Bauhof...
Wir haben dann die einzelnen Themenbereiche für die erste Ausgabe besprochen, wer schreibt was, das Ergebnis haltet ihr gerade in den Händen.
Aber diese Rangehensweise hat auch einige genervt. Es ging ihnen viel zu schnell - statt erstmal inhaltlich über das Infokonzept zu reden, und wofür wir die Zeitung machen wollen. Außerdem gabs Kritik an soner Art Spezialistentum (jede/r seinen/ihren speziellen Themenbereich).

Jetzt war erstmal ziemlich schlechte Stimmung. Wir redeten kurz über männliches Redeverhalten und überhaupt die Männerdominanz auf diesem Zeitungsplenum. Aber der überwiegende Teil der Anwesenden fanden Ort und Zeit der Diskussion aufgesetzt.
Zum Schluß redeten wir darüber, ob wir grundsätzlich alle Beiträge abdrucken oder wir uns das Recht auf Kürzung und Zensur vorbehalten. Wir wurden uns nicht einig.
Einige wollen sich dann noch um Vertriebsstellen in Prenzelberg, Mitte, Friedrichshain und im Westen kümmern.

"POWERP"

wir stellen uns vor, daß die besetzerInnenzeitung weniger ne richtige zeitung wird, sondern vor allem ein diskussionszettel zwischen den besetzten häusern + auch mit geräumten besetzerInnen, häuser- und mietkampfgruppen wird. denn da besteht im moment das größte problem: daß wir uns untereinander kaum kennen, wenig voneinander wissen + uns oft isoliert fühlen, obwohl wir doch eigentlich total viele sind.

2 sachen sind uns ganz besonders wichtig

daß dieses info sehr zuverlässig + regelmäßig rauskommt, damit wir uns immer schnell mitkriegen, um blöden gerüchten + dann spaltungen entgegenzuwirken. wir haben zb. mitgekriegt daß, entscheidungen einzelner häuser in der gesamtbesetzerInnenbewegung nicht gemeinsam diskutiert und nicht vermittelt wurden. daraus sind dann ziemliche probleme entstanden, zb. als die mainzer straße die Sicherheitspartnerschaft mit den vopos öffentlich ablehnte oder als kastanie und schönhauser 20/21 das sanierungskonzept + die kohle aus dem nageltopf akzeptieren wollten, oder letztes beispiel: der alleingang vom tacheles zur dialogveranstaltung mit den faschisten aus der weitlingstraße.

daß dieses info wirklich basisverankert ist.
wir wollen nicht als kleine redaktion vor uns hinwurschteln + lehrsätze für das leben in den besetzten häusern ausgeben - sondern die häuser und gruppen sollen sich selber darstellen + die zeitung machen, also auch druck + verteilung bzw. verkauf organisieren.

wir stellen uns das konzept so vor, daß ungefähr ab anfang september jede woche in einem anderem haus, bei einer anderen gruppe ein offenes redaktionstreffen stattfindet, wo zunächst die jeweilige haus- gruppe ihre pläne + überlegungen zu infos erzählt + dann mit anderen die Beiträge für die näxte nummer fertigstellt. es gibt dazu einen briefkasten im infoladen mainzer str.5, wo alle beiträge möglichst 1-2 tage vor der offenen redaktionssitzung eingeworfen oder abgegeben werden sollten.
wann welches haus welche ausgabe macht, können wir schon längerfristig ausmachen, so daß jedes haus dann 2, 3 wochen vorbereitungszeit hat.
wir denken, dieses rotationsprinzip wird das info bunter, vielseitiger machen. + wir werden nicht zu profikommentatoren - davon gibts ja schon genug finstere beispiele aus dem westberliner häuserkampf.
außerdem kanns auch für jedes einzelne haus gut sein, wenn ihr euch trotz allen aktuellen psychos + sonstigem streß aufrafft, euch zusammen was fürs info zu überlegen.

Wir wollen keine bewegung mit chefs und mitläufern-

sondern alle sollen mal bei allem mitmachen + sich selbst was überlegen können ...

kreativität und utopien entwickeln ...

!!! für ein HERRschaftsfreies leben !!!

In Sachen Häuserzeitung

Am Freitag, den 13.7. gab es ein Treffen verschiedener Häuser und Gruppen zu einer gemeinsamen Ost/ West- Häuserzeitung. Für die Menge der besetzten Häuser in Ost- Berlin waren relativ wenige Menschen dieser Häuser anwesend, um ihre Vorstellungen zu diskutieren. West-Berliner Häuser waren nicht alle vertreten.

Wir wollen versuchen, die Diskussionen, die dort gelaufen sind, kurz wieder zugeben.

Über den Sinn einer solchen Häuserzeitung:
Viele Menschen auf diesem Treffen sehen diese ''Zeitung'' als Möglichkeit für einen ''aktuellen'' Informationsaustausch.
Oft erwähnt wurde die Problematik, nach mehreren Tagen immmer noch nicht erfahren zu haben, wann und wo ein Faschoangriff auf ein besetztes Haus stattgefunden hat. Demgegenüber steht die Auffassung, daß eine Zeitung, die Raum bieten würde für kontinuierliche Diskussionen, Erfahrungsaustausche etc. eher ungeeignet ist für brennende Termine wie anstehende Faschoangriffe, ohne die eben als wichtig erachtete kontinuierliche Aus-

einandersetzung zwischen den Häusern mittels dieser Zeitung zu benachteiligen.
Für wichtige Termine kann immer noch auf das bewährte Mittel des Flugblattes zurückgegriffen werden, ohne deswegen gleich eine ganze Zeitung erscheinen zu lassen. .
Hier wurde leider, die unserer Meinung nach wichtige Diskussion, über Sinn und Zweck einer Häuserzeitung mit dem Bedürfnis einiger Menschen abgebrochen, lieber gleich über anstehende Technix zu reden. Versuche, während des Verlaufs dieses Treffens, die Diskussion auf grundsätzliche Vorstellungen über die Ztg. zu bringen, wurden nicht aufgegriffen.

Zu den Technix:
Fürs erste wurde dahingehend geredet, daß die Redaktion von einer festen Gruppe in die Hände genommen wird. Die Idee, die Redaktion von Haus zu Haus rotieren zu lassen, damit nicht nur ein paar Auserwählte die Zeitung als ihr Ding begreifen, wurde mit dem Blick in die Vergangenheit kritisiert, daß solche nicht feststehenden Sachen noch nie funktioniert haben. In dieser Frage wurde zunächst die mangelhafte Einigung erzielt, zwei Nullnummern mit einer festen Redaktionsgruppe herauszubringen. Weiter darüber diskutieren wollten viele nicht: ''...es wird sich zeigen...''
Einigung wurde darüber erzielt, zu erstellende Protokolle vom Besetzerrat zwecks besserer Aufarbeitung in dieser Zeitung erscheinen zu lassen.
Über Zensurmaßnahmen gingen die Meinungen in die Extreme. Hierzu sei kurz und theoretisch angemerkt, daß, wenn wir die Zeitung als Produkt der besetzten Häuser betrachten, es auch keine Zensur geben dürfte, denn wer/welche zensiert sich denn schon selber. Während dieser Zensurdiskussion ist oft und von vielen das Wort ''Leserbrief'' benutzt worden. Dieses spiegelt eine nicht wünschenswerte gedankliche Trennung zwischen Redaktion und einzelnen Häusern wieder.
Dem Bedürfnis sich über grundsätzliche Strukturen Gedanken zu machen, stand oft die etwas aktionistische Variante gegenüber, Themenbereiche für die Artikel der Nullnummer an Leute zu verteilen.
Auf den Einwand eines Genossen, die Diskussion sei ihm zu Männerbestimmt, entwickelte sich eine kurze Diskussion- kein Konsens.

Idee eines Konzeptes für die Häuserzeitung

Auf die Notwendigkeit der Schaffung von Strukturen zwischen den Häusern und einer Öffentlichkeit mittels einer Häuserzeitung wollen wir hier nicht weiter eingehen. Wir beschränken uns zunächst auf ein mögliches Konzept der Zeitung.

Der Gedanke eine Zeitung zu schaffen, für die sich alle/viele Häuser bzw. enschen verantwortlich fühlen, es als ihr Ding begreifen, ließ uns zu dem Schluß kommen, daß eine feste Redaktionsgruppe, die diese Zeitung herausgibt, nicht angebracht ist. Diese feste Gruppe würde ein Diskussionsforum von weit über 100 besetzten Häusern und der Menschen, die darin leben, verwalten. Den Blick auf das Ziel, den selbstbestimmt handelnden Menschen gerichtet, halten wir es für wichtig, keine zentrale Redaktion entstehen zu lassen. Die Redaktion sollte mit jeder Ausgabe auf ein anderes Haus übergehen, welches dann die Zeitung drukkreif erstellt.
Über die Verteilung der gedruckten Zeitungen an die einzelnen Häuser sind wir uns noch nicht klar. Aber vielleicht könnten vorher bestimmte Häuser die Verteilung in ihrem Viertel übernehmen. Die einzelnen Häuser könnten in ihrer jeweiligen Umgebung die Zeitung auch an BürgerInnen weiterverkaufen, was den Effekt hätte, unsere Strukturen & Inhalte öffentlich und damit attraktiver zu machen.
Es wäre vielleicht möglich, den Verkaufspreis so zu gestalten, daß die Differenz zwischen Druckkosten +? und dem Verkaufspreis den jeweiligen Häusern zugute kommt.

Es sollte einen festen Briefkasten geben, aus dem dann die Beiträge aus den einzelnen Häusern von der jeweiligen Redaktionsgruppe abgeholt werden können.

Einen 2- wöchigen Erscheinungszeitraum halten wir für angemessen, damit den Häusern Zeit bleibt, als Gruppe (im Idealfall) über vorherige Nummern inhaltlich zu reden und darauf dann auch reagieren zu können.

Dies sind erstmal Anregungen zu einer möglichen Auseinandersetzung über die Konzeption einer Häuserzeitung

Konzeptlose Konzeption einer Häuserkampfzeitung

Am 13.7 trafen sich in Ostberlin Menschen aus verschiedenen besetzten und noch zu besetzenden Häusern aus Ost und West, um über die Gründung einer Häuserkampfzeitung zu reden.
Ich kam in der Annahme dorthin, daß in erster Linie die auf dem Treffen in der Lübbi begonnene Diskussion über das Warum und Wie einer solchen Zeitung fortgesetzt würde. Ich begriff die dort geäußerte Idee auch als Ausdruck für den in letzter Zeit vielerorts spürbaren Wunsch, einen häuserübergreifenden Austausch in Gang zu setzen (und dies über etwaige Grenzen - Ost/West, Verträge ja/nein - hinweg). Dies war eine Wunschvorstellung. Die Realität des Abends war die, daß jegliche dort anschließende Diskussion über die Konzeption der Zeitung in gleichförmiger Regelmäßigkeit mit Technix abgebügelt wurde. Immer wieder wurde betont, es sei wichtiger, die zu schreibenden Artikel zu verteilen als erstmal die Auseinandersetzung zuzulassen was mensch überhaupt mit der Zeitung erreichen kann & will. Die Auseinandersetzung beinhaltete für mich: Eine klar herausgearbeitete Definition der unterschiedlichsten Motivationen ein Haus zu besetzen und zu halten; über Vorstellungen von Strukturen des Zusammenlebens und damit nachaußengehens; bis hin zur Klärung der Frage, auf welche Verträge läßt man/frau sich ein bzw. können Häuser auch ohne Verträge gehalten werden und wenn ja, dann wie. Damit wäre eine Basis gegeben um Möglichkeiten der Vernetzung zu diskutieren und über unseren Handlungsspielraum in Bezug auf quantitative & qualitative Aufrüstung von Großdeutschland/Europa und der damit verbundenen Kriminalisierung der Teilbereichskämpfe (Häuserkampf, Antifa, Hungerstreik etc.) in den Medien.
Wenn sich das Kapital, Regierungen und deren Exekutivkommandos EG-weit vernetzen, Begriffe wie Datenschutz zur Farce werden, wenn sie immer perfekter werden in der Konstruktion des gläsernen Menschen, wenn sie sich exekutiv- technisch grenzüberschreitend unter die Arme greifen, wenn Spezialisten in Sachen Aufstandsbekämpfung jahrelang über gemeinsame Pläne brüten, wenn all diese wandelnden Definitionen von sogenannter Ordnung, Sicherheit und Transparenz so wenig Probleme haben, sich zusammenzutun, wie lange haben dann diejenigen Zeit, die sie zu kriminalisieren trachten? Meiner Meinung nach reicht eben nicht mehr, eine Art Ost-Interim zu entwickeln und Artikel über Faschos und Antifa in Ostberlin zu schreiben, auch wenn dies für BesetzerInnen in Ost ein wichtiges Thema ist. Es reicht dann auch nicht, eine Zeitung irgendwie anzufangen und sich dann darauf zu verlassen, daß sich da irgendwie irgendwas irgendwo entwickelt.
Was hindert uns daran, auf genau das, was sich entwickelt/entwickeln soll, Einfluss zu nehmen?
Wir können uns natürlich weiter über die Freiräume und Leerstand unterhalten, können uns auch damit begnügen, diesen vorrübergehend zu füllen und uns darüber zu freuen, daß dem in Ostberlin (außer in Gestalt von Faschos) z.Zt. sowenig Gewalt, gegenübertritt. Wir könnten dann noch abwarten, welche Häuser mit Verträgen in der Tasche sich noch an Kämpfen beteiligen, wo diese "Sicherheiten" nicht gegeben sind.
Eines Tages allerdings wird allen klarwerden, daß der Apparat an diesem Punkt nur geruht hat, um dann um so präziser zuzuschlagen. Er wird es in dem Bewußtsein tun, genau die richtigen zu treffen, nämlich die, die sich auf keine Verträge einlassen und dem Staat damit ihre unbedingte Opposition signalisieren. Er wird es weiter in dem Bewußtsein tun, daß die Gegenwehr nur einen Bruchteil seines Instrumentariums verlangt.
Diesen Moment zu verhindern, wird nur möglich sein, wenn wir uns JETZT über Häuser & Situationen austauschen und etwas konzipieren!, worin Widerstand einen geballten und bewußten Ausdruck findet und wodurch eine einheitlichere Basis mehr Raum für vielseitige Aktionsformen gegeben ist und wo unsere Innovation dem Leviathan (Symbol für den allmächtigen Staat) in all seine Suppen spuckt!!
Das dies für viele nicht mehr als ein arroganter mit Worthülsen gespickter Appell sein wird, nehme ich gern in Kauf. Aber lieber eine verfrühte Provokation als eine verspätete Analyse.

trotzdem
VENCEREMOS ler
von vielen

LIEBE ANWOHNERINNEN UND ANWOHNER !!

Wie sie sicherlich bemerkt haben, ist das Haus Scharnweberstr. 38 seit ca. 2 Monaten von jungen Menschen aus der DDR und der BRD, die sich hier z.T. erst kennengelernt haben, besetzt worden.

Warum haben wir das Haus besetzt?
Die meisten von uns haben entweder keine Wohnung oder können sie nicht mehr bezahlen. Dies ist eine Folge des Spekulantentums in der BRD, das seit Jahren mit der ''Ware'' Wohnung ein profitorientiertes Geshäft betreibt. Die Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin, die Luxussanierung von Altbauten in West und Ost, deren Mieten dadurch unerschwinglich werden, und die Umstrukturierung ganzer Stadtteile nach der ''Kapitallogik'' bedeuten Hunderttausende von Wohnungssuchenden, Obdachlosigkeit, schlechte Wohnqualität und Mieten, die z.T. die Hälfte des Monatseinkommens verschlingen. (Einraumwohnungen in Westberlin kosten oft zwischen 350 und 500 DM!).
Makler und Spekulanten haben längst die DDR als gewinnträchtiges Terrain entdeckt und bereiten die Angleichung an BRD- Verhältnisse (besser: Annexion) vor. Die Folge davon ist, daß es auch hier bereits Mieterhöhungen bei Umzug gibt und daß, laut Westberliner Senat, die Mieten in Ostberlin schneller steigen müssen als im Westen, da die ''soziale'' Marktwirtschaft eine Angleichung der Preise an Westniveau verlangen würde. Daß die Löhne und Gehälter erst in Monaten oder Jahren angeglichen werden sollen, versuchen die Verantwortlichen aus der öffentlichen Diskussion zu verdrängen oder verkaufen es als Opfer, das wir zum angeblichen ''Wohl'' Deutschlands bringen müssen.
Aber nicht nur Wohnungsnot und Spekulantentum sind für uns Gründe, Häuser zu besetzen. Westberlin ist die Stadt mit den meisten Einraumwohnungen in der BRD. Ziel dieser Wohnungs- und Sozialpolitik ist es, Mieterinnen und Mieter zu vereinzeln, damit diese sich schwerer organisieren und wehren können. Wir haben durch unsere Besetzung dieses Ziel durchbrochen, indem wir uns Wohnraum genommen haben, den die KWV über Jahre verfallen ließ. Wir wollen hier gemeinsam leben, wohnen und diskutieren. Deswegen verstehen wir uns nicht nur als Teil der ''Neuen HausbesetzerInnenbewegung'', sondern wollen auch Teil des Friedrichshainer Kiezes sein. Perspektivisch stellen wir uns Treffpunkte in Form von Kneipen, Teestuben, MieterInneninitiativen usw. vor, um mit den Menschen hier der Umstrukturierung des Kiezes und dem neofaschistischen Terror etwas entgegensetzen zu können.

GEGEN DIE VERNICHTUNG VON WOHNRAUM !!!
GEGEN UMSTRUKTURIERUNG IM KIEZ !!!
DIE HÄUSER DENEN; DIE DRIN WOHNEN !!!

Die Besetzerinnen und Besetzer der Scharnweber 38

P.S.: Wir werden in Kürze eine Teestube eröffnen. Alle Anwohnerinnen und Anwohner sind herzlichst eingeladen. Der Termin wird noch bekanntgegeben.

Kommentar

Dieses AnwohnerInnen- Flugi kann denjenigen als Grundlage dienen, die es bisher (aus welchen Gründen auch immer) noch nicht geschafft haben zu ihren NachbarInnen Kontakt aufzunehmen. Viele von uns vergessen oft, das wir mit einer Besetzung die Leute hier im Kiez völlig vor den Kopf stoßen und schockieren. Es kann doch nicht Sinn der Sache sein, das die BewohnerInnen des Kiezes uns häufig mit Skepsis und manchmal auch mit Angst begegnen. Wir nehmen uns was wir brauchen; doch das und die Art wie wir es umsetzen, ist für die Menschen hier neu und unverständlich, da viele von ihnen auf eine Wohnung oft jahrelang gewartet haben. Daher sollte jeder einzelne Mensch unter uns, sich überlegen, wie wir die zwischenmenschlichen Mauern durchbrechen können, um gemeinsam mit allen hier zu leben!

ZUR BESETZUNG AM WASSERTORPLATZ

Der Wohnblock am Wassertorplatz sollte eigentlich 1978 für den Bau der Osttangente abgerissen werden.
Auf Initiative der TU berlin, Fachbereich Architektur, hin werden die Häuser aber als Selbsthilfeprojekt ausgeschrieben.
1978 gründete sich der Verein STUK-EV (Verein zur Förderung des gemeinsamen Wohnens von Kreuzbergern und Studenten), der sich aus 1/3 StudentInnen und 2/3 KreuzbergerInnen zusammensetzte und übernahm das Projekt. Diese rund 150 Vereinsmitglieder sind die späteren BewohnerInnen, die nach und nach über Mietkauf die Wohnungen erwerben.
Also sind wir hier nicht mit <u>einem</u> Spekulantenschwein konfrontiert, sondern mit 150 Leuten, von denen 2/3 in Eigentumswohnungen und 1/3 in Studentenwerkswohnungen wohnen. Einige der StudentInnen und der Großteil der anderen Leute haben in Selbsthilfe gearbeitet und die Häuser ausgebaut.

Dieses Projekt war von Anfang an auch Forschungsprojekt.
Es sollte geguckt werden, wie sich Selbsthilfe sowohl als kostengünstige Instandsetzung von Wohnraum als auch als Integrationsinstrument von Menschen unterschiedlicher Herkunft in sozial durchmischten Gemeinschaften nutzen läßt. Dafür wurden gut 20 millionen locker gemacht, wodurch die SelbsthelferInnen extrem günstige Bedingungen für ihr Projekt erhielten. Ihr Arbeitsentgelt war mit 18,50 fast doppelt so hoch als das späterer Hausprojekte. Unentgeltliche Selbsthilfestunden mußten überhaupt nicht geleistet werden.
Das heißt, schon zur Zeit des Aufbaus wurden die Leute privilegiert, ihre Identifikation mit dem Projekt und seinen Strukturen auf diese Weise besonders gestärkt.
Es wird von den BewohnerINnen immer wieder betont, daß sie ein selbstverwaltetes demokratisches Projekt seien. So wie während der Besetzung allerdings die Entscheidungsprozeße gelaufen sind, kann mensch die Strukturen nur als hierarchisch bezeichnen.
Eine relativ kleine Machtclique gibt den Ton an - der große Rest läuft mit, bzw. glänzt durch Nichtverhalten. Die Studis haben in wesentlichen Fragen keine Entscheidungskompetenz - die liegt beim Studentenwerk als Eigentümer der Studiwohnungen.

Allgemein ist das Mitbestimmungsrecht <u>direkt</u> ans Eigentum gekoppelt: je nach m^2 Zahl an Besitz hat man/frau mehr oder weniger Stimmprozente. So kommt's, daß einige, die hier mehrere Wohnungen besitzen oder in großen Räumen leben, mehr Einfluß haben als diejenigen, die z.B. zu mehreren wohnen.

Am Donnerstag, dem 31.5., war's dann soweit. Die EigentümerInnen waren geladen, über das weitere Umgehen mit dem Dachboden zu entscheiden.
Zunächst wurde beschlossen die Öffentlichkeit erstmal zuzulassen., danach wurde von uns eine Erklärung verlesen und dann ging's rein in die Tagesordnung.
<u>Erstens</u>: es wird beschlossen, drei kleine Wohnungen zu bauen, für 1, 2 bzw. 3 Leute. Die Frage, ob's Miet- oder Eigentumswohnungen werden sollen, konnte nicht geklärt werden. Doch war klar, daß jedeR, der/die da wohnen will, 60-100 000 DM locker machen muß, um den Ausbau vorzufinanzieren.
<u>Zweitens</u>: die Wohnungen werden an die BewerberInnen vergeben. Geheime Abstimmung darüber, wer in die Wohnungen einziehen darf. Als kleine Pointe am Rand: vielen BewerberInnen von außerhalb des Projekts wurde erst gar nicht Bescheid gesagt, daß die Vergabe stattfinden soll.

Kurz und gut, nach drei Stunden Abstimmungsmarathon war geklärt, was im Dachboden in Zukunft sein soll.
Aber es gab noch Tagesordnungspunkt drei:
<u>Drittens</u>: "Weiteres Vorgehen bezüglich Besetzung". Als Erstes wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Öffentlichkeit, BesetzerInnen, UnterstützerInnen, Interessierte müssen raus. Trotz einer Erklärung auf dem letzten Kiezpalaver, mit anderen darüber diskutieren zu wollen, trotzdem wir drei Stunden auf diesen Punkt gewartet hatten, was allen Beteiligten klar war.
Wir sind gegangen.
Dann forderten einige BewohnerInnen eine inhaltliche Auseinandersetzung ein. Mit der Zeit schien der Hard-Core-Räumungs-Fraktion das Abstimmungsergebnis in Gefahr zu geraten und sie erinnerten sich ans Studentenwerk. Aufgrund eines Schreibens des TU-Studentenwerksbeauftragten KLAUS KITTEL wird allen Leuten der StudentInnen-WG's, das sind 1/3 der BewohnerInnen, das Stimmrecht entzogen.

Das Abstimmungergebnis - Demokratie ist lustig - 56 zu 39 für Räumung! Vier weitere Anträge bezüglich Verhandlung, Duldung, waren damit hinfällig - alles in allem eine Farce! 39 Stimmen gegen Räumung <u>trotz</u> Ausschluß eines großen Teils der UnterstützerInnen.

Es gibt <u>keinen</u> Konsens unter den BewohnerInnen.
Die Vielbesitzenden errangen in der eh pseudodemokratischen Abstimmung nur eine knappe Mehrheit. Sie holen jetzt die Bullen ein zweites Mal in den Kiez und wollen uns räumen lassen.
Einer Gruppe der BewohnerInnen reicht dieses Vorgehen und sie verhalten sich solidarisch zu uns. Sie fordern die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Bestzung. D.h., sie greifen an, wie hier im Haus mit dem Konflikt umgegangen wird und wenden sich offensiv gegen die Räumung.

Inzwischen haben sich die StudentInnen im Haus ihr Stimmrecht wiedergeholt und eine neue Abstimmung am 12. Juli durchgesetzt.

Das Ergebnis war deutlich gegen uns : 115 zu 24 für Bullenräumung. Diese neue Einigkeit schafft für uns eine andere Situation. Duldung, Verhandlung, Nutzung sind vom Tablett. Eine Diskussion findet weiterhin nicht statt. Unsere Einschätzung warum das neue Abstimmungsergebnis trotz der Beteiligung der vorher ausgeschlossenen StudentInnen soviel deutlicher gegen uns ausgefallen ist,ist die,daß viele Leute, die uns bei der ersten Abstimmung auch schon raushaben wollten,aber ohne Bullenräumung,inzwischen geschnallt haben,daß sie uns ohne Bullen nicht rauskriegen.Außerdem drohte die Hausverwaltung damit, daß RäumungsgegnerInnen den,durch die Besetzung entstandenen Sachschaden zu bezahlen hätten.Um diese Drohung glaubhaft zu unterstreichen wurden die nichtanonymen Stimmzettel bei einem Notar hinterlegt.Im Vorfeld der Abstimmung eskalierten einige EigentümerInnen die Situation durch Provokationen auf dem Dach und schafften so durch mehrmaliges Erscheinen der Bullen neue Stimmung gegen uns.
Auch unter dem nun verschärften Räumungsdruck versuchen wir weiterzumachen.Unsere Idee steht sowieso nicht zur Abstimmung !!!

Der Lösung eines Dachluxuswohnens in 2-3 Zimmerappartements stelen wir unser Konzept kollektiven Lebens entgegen und greifen die Strukturen dieses bewußtlosen Selbsthilfeprojekts an. Bewußtlos heißt hier, daß unreflektiert die Mechanismen des klassischen kapitalistischen Wohnungsmarkts reproduziert werden. Die Studis werden gegeneinander und gegen uns ausgespielt in ihrem Bedürfnis nach Wohnraum, zusammenhängender Wohnraum wird aufgrund von Einzelinteressen zerstört.
Die Möglichkeiten der SelbsthelferInnen, sich den entfremdeten Arbeits- und Wohnverhältnissen weitgehend entziehen zu können, führt hier exemplarisch zur Entpolitisierung und Entsolidarisierung. Ihre Vorstellung von <u>ihrem</u> Kiez, <u>ihren</u> Strukturen werden da zur Farce, wo reale Konflikte und Widersprüche hier vor den Mauern ihres Projekts haltmachen sollen.
So können wir auch die EigentümerInnen, die die Bullen in den Kiez holen und geholt haben, nicht als Teil <u>unserer</u> Strukturen begreifen.
Der Versuch, Selbsthilfe als Integrationsmodell am Beispiel Wassertorplatz zu erforschen, hat hervorragende Früchte getragen. Sie wollen hier ihr Schöner-Wohnen-Teil durchziehen und wieder ihre Ruhe haben. Ganz unter sich im goldenen Käfig sitzen.

Und genau damit mach sie Politik hier im Kiez. Wer bleiben darf, sind diejenigen, die´s nett und ruhig haben wollen und auch noch genügend Knete aufbringen, um sich ins Projekt einkaufen zu können.
Wir fliegen raus, wie woanders auch. Ob sie´s wollen oder nicht, zur laufenden Umstrukturierung leisten sie einen dicken Beitrag. Wie haben andere Lebensvorstellungen als sie. Sie sind die EigentümerInnen und haben das RECHT!

Sie können es sich trotz massiver Wohnungsnot und unbeeinflußt von draußen leisten, selbstverwalteten Leerstand zu produziern. Die von ihnen postulierte Selbstbestimmung darüber, wer hier oben mal wohnen soll unterscheidet sich erstmal nicht von der Einstellung eines Eigenheimbesitzers oder "normalen" Vermieters, der auch bestimmen will, wer bei ihm einzieht.

Wenn die selbstbestimmten Entscheidungen keine politischen Begründungen und Kriterien mehr haben und wenn so mit Wohnraum umgegangen wird, wird Selbstbestimmung zur selbstgerechten Verantwortungslosigkeit.

Die Besetzung ist eine Aktion gegen diese Art mit Eigentum umzugehen, gegen Leerstand und, bezogen auf ihr neues Konzept, Zerstörung von eh schon wenig vorhandenem zusammenhängenden Wohnraum durch Zerstückelung und neue Mauern.
Wie viele andere Gruppen auch, brauchen wir Räume, um unsere Vorstellungen von Zusammenleben, zusammen politisch handeln, verwirklichen zu können.
Die Räume bieten, so wie sie jetzt sind, die Möglichkeit, zusammen Politik zu machen und zu leben. Wir haben hier völlig andere Möglichkeiten als bisher, wo wir in unseren 1-Zimmer-Löchern hockten (jedenfalls die, die welche hatten) und uns dann irgendwo treffen mußten. Wir wollen und können diese Räume mit Leben füllen, hier weitermachen mit Diskussionen, Veranstaltungen, Volxküchen, usw.

WIR FORDERN DEN DACHBODEN ALS KOLLEKTIVEN LEBENSRAUM UND ORT FÜR ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN !!!

KEINE RÄUMUNG HIER UND ANDERSWO - HÄUSER BESETZEN SOWIESO!!!

WIR BLEIBEN DRIN !

JEDEN MITTWOCH VOLXKÜCHE 20°°

ERKEL LEBT !!!

!

Zum 11.7.:

Marchstr/Einsteinufer sind drei seit 20.3.89 besetzte Häuser sowie zwei Wagenburgen in Charlottenburg. Hier leben ca. 80 Leute. Die bebauten Grundstücke gehören rein juristisch der H.v.Harlessen GmbH, die Freiflächen der Stadt, bzw. Uni. In den Häusern sind wir u.a. deswegen noch, weil sich Spekulant und Senat über die Nutzung des Geländes nicht einig werden: Computerzentrum für Rüstungsindustrie+Uni, Unimensa. Studiwohnheime, Projekte..?

Daß selbstbestimmte und für sie nicht so leicht kontrollierbare Strukturen ihrem kapitalistischen Verwertungsprinzip widersprechen ist klar..Am 21.7.89 inszenierten sie eine kalte Räumung, 800 Bullen durchsuchten die Häuser(Vorwand: unbürokratisch organisiertes Baumaterial);sie hatten Baubullen dabei, um die Häuser zu sperren. Jedoch fehlte es ihnen bei einem Haus an Vorwänden für ne Sperrung, die anderen wurden wiederbesetzt. Ähnliches ahnten wir auch für die Begehung letzte Woche. Baustadtrat Dykhoff+Bauaufsicht hatten sie gefordert, um bei uns die Fluchtwege zu überprüfen. Ihr Anlaß: Die nächste Bullenattake gegen uns am 20.2.90 nach einem Fascho-Überfall. Daß wir uns gegen die Faschos wehrten nahmen die Bullen zum Anlaß einer Durchsuchung/evtl. Räumung. Die hereinsturmenden SEK`ler wurden von einer Eisentür gestoppt. Bereits im April 90 informierte Dykhoff über die anstehende Begehung. Ein Vorgespräch über den Sinn/Unsinn so einer Begehung wurde vereinbart. Es fand jedoch erst am 11.7., dem Tag der Begehung statt, weil uns deren Termin ohne Gespräch zwei Tage vorher mitgeteilt wurde. Da die Bullen schon 2 Monate auf die Begehung drängten, hatten wir die Einschätzung, daß wenn wir die Begehung nicht reinlassen, danach mehrere Hundertschaften Bullen unsere Häuser auf ihre Art "begehen" würden.

Eine Begehung der Häuser durch Bauaufsicht und durch eine Bullenarmee hätte uns die Möglichkeit genommen, die Situation in unserem Sinn zu bestimmen, nämlich: Begehung nach unseren Bedingungen + Keine Bullen im Haus. Das hat geklappt, den Ablauf der Begehung bestimmten wir und kamen dadurch auch ein Stück aus der Defensive. Der Preis dafür war hoch, vielleicht zu hoch, wir mußten das Schwein Dykhoff, der für die Räumung der Remise/Dankel 54 am Tag zuvor veranwortlich ist in unsere Häuser lassen. Er hat dabei genauso geschwitzt, wie er tags zuvor gegrinst hat. Das war nur möglich, weil trotz der kurzfristigen Mobilisierung über 100 Unterstützer/Innen kamen(Super), die das Treiben der Bauaufsicht hautnah verfolgten + per Mega ihre Ergüsse mithörn konnten..So kamen die erst gar nicht auf die Idee was anderes angucken zu wollen, als wir ihnen zeigen wollten! Auch wurde den Pigs deutlich gezeigt, daß wir auch auf die Schnelle ne Menge Leute zu uns mobilisieren können.
Zur Begehung: Das Hinterhaus March 23/24 wurde von uns zur gesperrten Baustelle erklärt. An den beiden anderen Häusern wurden fehlende Türschlösser und Treppengeländer-Streben zum Anlaß für die nächste Begehung Ende August genommen. Der genaue Termin ist noch nicht klar, wir freuen uns auf Voku und Behörden "bejubeln" mit euch.

Wir haben uns bis jetzt noch nicht von ihnen reinreden lassen, trotz Bullen, Bauaufsicht, Gelaber von Senatsfuzzis etc. Das wollen wir auch weiterhin nicht. Wir brauchen keine Verträge, wir brauchen den gemeinsamen Kampf um alle besetzten Häuser!!!

MARCH

de, um einige zum mitspielen zu bewegen. Tja, die Kommunikation mit den Eltern verlief meiner Meinung nach auch etwas zurückhaltend.
Neben dem allseitig mit Begeisterung vorbereiteten Verkleidungstisch, dem Schokokußwettessen & all den anderen Actions, die ich sträflicherweise nun doch noch vergessen habe, waren Glücksrad, v.a. die ausgesetzten Preise & die unvergessliche Artistikgang ein voller Erfolg - zumindest laut BesetzerInnenstimmen. Befragte Kinder titulierten die Fete lakonisch als ''gut'', einer vermisste noch mehr Spiele, Kommentare wurden sowieso nur ziemlich vorsichtig abgegeben Gegen 18.00 Uhr klang das Spektakelchen dann allmählich aus, hinterließ über den Rasen verstreute Grüppchen von - wahrscheinlich, ausschließlich - BesetzerInnen, zeitweilig aufgemischt von noch tobenden Kindern.
was mir noch zu bemerken bliebe:
1)Den spärlichen Informationsfluß bzw. den Fakt, daß ebendies Kinderfest fast nur mittels Mundpropaganda publik wurde - was sich ja VIELLEICHT durch diese Blättchen ändern könnte;
&2)Die Hoffnung, daß sich beim nächsten gemeinsamen Fest - dessen stattfinden anscheinend außer Frage steht - dann noch mehr besetzende FriedrichshainerInnen beteiligen.

CES

Das Vertragsgremium - Versuch einer Selbstdarstellung

Am Anfang war die Einzelaktion. Jedes Haus, resp. dessen BewohnerInnen rannten zur KWV, versuchten alleine, was bekanntlich gemeinsam besser geht. Daß es nicht laufen kann, mußten die besetzerInnen recht bald feststellen, denn die KWVs waren bereits dabei sich in GmbH umzuwandeln, den MitarbeiterInnen drohten Entlassungen. Der Beschluß des B-Rats, nur noch mit dem Magistrat zu verhandeln, brachte auch die Notwendigkeit mit sich, daß sich eine Gruppe bildet die mit dem Magistrat verhadeln kann. Zu diesem Zweck sollten sich jeweils mehrere besetzte Häuser zu einem Block zusammenschließen und eine/n feste/n VertreterIn (mit Stellvertretung) ins Vertragsgremium schicken, das ausschließlich die Aufgabe hat mit dem Magistrat den bestmöglichsten Vertrag auszuhandeln und die Meinung aller BesetzerInnen zu vertreten. Und zwar nicht so schnell, wie möglich und um jeden Preis, wie mancherorts gemunkelt wird, sondern immer nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit, d.h. würde der Magistrat versuchen, uns abzulinken, wären wir auch bereit die Verhandlungen abzubrechen, bzw. zu vertagen.
Das Vertragsgremium trifft sich nach Bedarf, in der Regel 1x wöchentlich. Die zu besprechenden Punkte sollten in den besetzten Häusern so diskutiert worden sein, daß die VertreterInnen der Häuser damit im Vertragsgremium operieren können.
Am 22.06.90 war das Gründungstreffen des Vertragsgremiums, bereits am 27.06. waren wir das erste mal beim Magistrat. Es war jedoch der reinste Flop, weil seitens des Magistrats niemand kompetent war, uns Auskünfte zu erteilen, geschweige dann, mit uns zu verhandeln. Herr Holzinger betonte immer nur, daß er aus dem ''sonnigen Bayern'' komme - und da ist ja bekanntlich sowieso alles viel besser.
Ein erboster Brief unsererseits brachte den Magistrat immerhin dazu, uns beim nächsten Treffen einen nun von Dr. Thurmann authorisierten Herrn Holzinger zu schikken, der uns so viel versprach, daß unsere angeborene Skepsis gegenüber allem staatlichen, uns einmütig sagen ließ: ''Das lief viel zu glatt''.
Offenbar schien niemand Interesse daran zu haben, uns zu räumen, sondern im Gegenteil, die Bereitschaft, uns Verträge und Geld zu geben, sprach aus allen Gesichtern. Momentan arbeiten wir an einer Vorvereinbarung, die vor allem die''Nichträumungsgarantie" schriftlich fixieren soll.
Nähere Informationen könnt ihr immer bei eurem/r VertreterIn erfahren.

HEROIN in die GHETTOS

Vertragsgremium 19.07.90

- Diskussion um Listenschließung
- Diskussion um Vorvereinbarung: was bringt sie wirklich; welche Situation entsteht durch diese ''Halblegalisierung''; zur wohlverhaltensklausel der VV, fast Unterschrift zur Einwilligung der Räumung bei Straftaten (deshalb zum Magistratstermin zum 22.07 Ablehnung, dannach neudiskussion in den Häusern
- zum Magistratstermin Ansprechen von Platen (KWV Friedrichshain) Weigerung der Einsichtnahme in Unterlagen (vom Magistrat zugesichert), Liste von abgewiesenen Häusern wird angefertigt
- nochmals: wenn Haus geräumt werden sollte, auf alle Fälle spätestens am nächsten Tag um 15.00 Uhr vor dem betreffendem Haus treffen
- Strukturdiskussion über Vertragsgremium selbst
- Infos: KWV- Mitte rückt Unterlagen über Eigentumsverhältnisse raus; Grünberger: Bericht über Verpachtung ihres Hauses; KWV hat keine Frage gestellt.

BesetzerInnenrat: Auf dem B- Rat könnten die Informationen der einzelnen Plenas, AG's, zusammenkommen und konstruktiv diskutiert werden. Wenn notwendig kann der B-Rat Arbeitsgruppen in's Leben rufen. (zB. Demogruppe, Räumung, Podiumsdiskussionen...) Die Ergebnisse der AG's sollten für alle verbindlich sein, d.h. Kritik und Mitarbeit dort stattfindet und Leuten, die sich produzieren wollen, das Forum entzogen wird.

Vorschlag für verbindlich arbeitende Strukturen

Der z.Z. herrschende Stillstand in/zwischen den Häusern mit den entsprechenden Gremien oder Räten ist Ausdruck schlechter Strukturen (und Mangel an gutem Willens?)
Alle sind genervt, daß sich Themen auf verschiedenen Treffen wiederholen, es sind nur (!) informelle Treffen oder die Leute wechseln in eigentlich ''festen'' Gruppen (Vertragsgremium), ohne den notwendigen Informationsstand mitzubringen. Folge davon ist: Chaos, Streß, Lustlosigkeit - Stillstand. Dieser Vorschlag soll die Situation durchbrechen und allen Leuten die Möglichkeit der Mitarbeit ermöglichen und einen politischen Prozeß in Gang setzten, der u.a. die Durchsetzung der besetzten Häuser ermöglicht.

Hausplenum:
Sache der Häuser

F'hainer Häuserplenum:
Infoaustausch, gemeinsames Verhalten nach außen (zb. Mieterbund, Kontakte zu AusländerInnenwohnheim, Öffentlichkeitsarbeit im Kiez...)
Häuser könnten zb. auch eineN DelegierteN schicken.
Das Haus, in dem das nächste Treffen ist, schreibt Protokoll und sorgt dafür, das alle Beteiligten das Protokoll rechtzeitig vor der nächsten Sitzung bekommen und auf dem die Top's der nächsten Sitzung stehen. Die Leute haben so schon Statements der einzelnen Häuser für das Treffen.
Der gleiche Informationsstand ist so gewährleistet.

Einzelne AG's:
zB. Sanierungsträger AG, Öff-AG, Häuserzeitung...
Die Leute sollten kontinuierlich treffen und ihre ''Arbeitspapiere/Ergebnisse sammeln. Für neue Interessierte sind so die notwendigen Informationen gebündelt vorhanden, daß sich Wiederholungen von Diskussionen vermeiden lassen, neue Leute sich ''einlesen'' können.
Die Gruppen sollten nicht rotieren müssen, sondern offen sein für neue. Für wirklich Interessierte ist so eine Kontinuität gewährleistet und für Leute, die ''nur'' mal so vorbeischauen und labern wollen, der Zugang eingeschränkt. Ergebnisse der Gruppen werden so auch nicht permanent in

Vertragsgremium:
Als zur Zeit arbeitsintensivstes Gremium sollte es eine feste Gruppe sein. Falls jemand nicht zum Vertragsgremium geht sollte er/sie eineN VertreterIn auf den aktuellsten Stand bringen. Allen Beteiligten sollte das gemeinsame Vorgehen klar sein. (Leute könnten so ''austauschbar'' sein, da alle das selbe wollen)
Neue Häuser rutschen nicht automatisch ins V-Gremium, sondern nur (!) unter der Voraussetzung völliger Akzeptanz des bisher erarbeiteten.

Die Ergebnisse aller Gremien, Räte, AG's sollten für alle für das politische und praktische Vorgehen verbindlich sein.
Als Vorschlag sollte das Papier diskutiert und weiterentwickelt werden.

Venceremos

STRUKTURPAPIER

Uns fällt auf, daß die Arbeit im B- Rat und in den Gremien immer uneffektiver und frustrierender wird. Es stellt sich uns daher die Frage, ob wir angesichts der vielen Häuser mit gegebenen Strukturen, die wir als ziemlich unverbindlich einschätzen, unsere Ziele wie Vertragsverhandlungen, Verteidigung der Häuser, Öffentlichkeit schaffen etc. erreichen können. Wir sollten die Konsequenz ziehen, entweder diese Ziele aufzugeben oder einen arbeitsfähigen B- Rat bzw. Organisationsstrukturen schaffen. Bisher nehmen den B-Rat nur einige Häuser ernst, während andere sich anscheinend gar nicht verantwortlich fühlen. Entsprechend gibt es keinen Informationsfluß, es wird immer wieder über dasselbe geredet.

Wollen wir an unserer Struktur was ändern? Wie könnten wir das tun?

Möglichkeiten:

- es bleibt alles beim Alten: es kommt wer will, wir diskutieren, aber entscheiden nix
- es kommen die Häuser, die sich interessieren und treffen dann auch nach Rücksprachen in ihren Häusern Entscheidungen
- jedes Haus stellt eine bestimmte Anzahl an VertreterInnen, die bei einer Anwesenheit von mind. 2/3 beschlußfähig sind, die Stimmenmehrheit nach Rücksprache entscheidet

Auf jeden Fall fordern wir, daß Aufgaben und Kompetenzen von B- Rat und Vertragsgremium nochmals eindeutig geklärt werden!!!!!!!

Regina
Ursula
Bernd
Anne

BERICHT

Am 19.07.90 um 12.00 Uhr erschien in der GRÜNBERGER 73 ein Herr Stefanis. Dieser Stefanis (kommt aus dem Westen) hat zusammen mit einem Partner aus Ostberlin eine bereits bestehnde Baufirma von hier aufgekauft, die jetzt den Namen Herkules GmbH trägt. Büro der Firma ist in der Friedrichstraße. Stefanis behauptet, daß er am 30.5. einen Pacht- bzw. Mietvertrag, Laufzeit 30 Jahre, ,mit Dr. Schäfer von der Wohnungsbau GmbH und Herrn Beck vom Magistrat abgeschlossen hat. In 1 - 2 Wochen soll mit dem Bau begonnen werden, es sollen Büroräume und oben 3 - 4 Wohnungen entstehen. Es sollte uns bereits eine Kopie des Pacht- und Mietvertrages zugestellt worden sein. Da wir diesen nicht erhalten haben, will er uns diesen am Dienstag, 24.7., 12.00 Uhr, vorbeibringen. Laut seinen Angaben hat er noch keinen Räumungsantrag gestellt.

Wir gingen daraufhin um 12.30 Uhr zur Wohnungsbau GmbH, Warschauer Straße, um ein Gespräch mit Herrn Seiffert zu führen. Dieser war nicht zu sprechen. Im Vorzimmer wird uns gesagt, daß nur ein Vertrag zur Rekonstruktion der Grünberger 73 unterzeichnet wurde. Abgeschlossen durch Herrn Platen, Direktor für Modernisierung, der damit auch Vertreter von Herrn Seiffert, dem Betriebsdirektor, ist.

Ferner ist bereits eine Räumungsanweisung gegen uns ergangen; unklar ist, weshalb uns diese nicht erreicht hat, obwohl ein Herr Mett von der Wohnungsbau GmbH Grünberger 24, am 18.7. bei uns war, der sich jedoch nur erkundigt, ob wir Strom und Wasser aus den Nachbarhäusern entnehmen.

Am Freitag, 20.7. um 9.00 / 9.30 Uhr haben wir einen Termin beim Direktor der Wohnungsbau GmbH Grünberger 24 vereinbart.

Zwischen Wohnungsbau GmbH und Magistrat scheint es keinen Informationsaustausch zu geben.

FORTSETZUNG FOLGT!!!

Grünberger Straße

10 Uhr kommt Herr Mett mit Begleiter von der KWV Grünberger Str. 24. Herr Mett ist zuständiger Verwalter für unser Haus.
Von uns soll ein Fragebogen (Anzahl der Bewohner, Gas/ Wasser / Stromnutzung usw., Anzahl der Wohneinheiten, Name des Sprechers) ausgefüllt werden. Dies wird von uns verweigert, da diese Daten, nach Angaben von Herrn Mett und Begleiter, im Falle einer Räumung für sie von Nutzen sein könnten.

11 Uhr KWV Warschauer Straße / 13 Uhr Gespräch mit Dr. Seiffert.
Wir bekommen folgende Angaben:
Grünbergerstr. 73 ist seit 19[illegible] Volkseigentum (war uns schon bekannt).
Da es zur Rekonstruierung vorgesehen war, wurde seit einem halben Jahr mit der Firma Stefanis verhandelt, mit dem Ergebnis, daß Herr Stefanis einen Rahmenvertrag hat, der seiner Baufirma die Rekonstruktion des Hauses zusichert.
In diesem Zusammenhang verfaßt Herr Platen am 25.6. eine Räumungsaufforderung (wurde uns angeblich zugestellt - hat uns jedoch nie erreicht), mit der Anweisung bis spätestens 26.6. das Haus zu verlassen, da die Firma Stefanis rekonstruieren wolle.
Seit Abschluß des 2. Staatsvertrages (Mitte Juli) hat die KWV, laut Seiffert, alle Maßnahmen (betreffs sowohl Sanierung als auch Räumung) gestoppt, da abgewartet werden soll, bis der Besitzer sich meldet.
Seiffert unterbreitet uns ebenfalls besagten Fragebogen, da die KWV, bzw. jetzt GSW über die von ihnen verwalteten und von uns besetzten Häuser Bescheid wissen will, angeblich, um die ggf. existierenden Besitzer zu informieren.
Seiffert meinte, er vertrete die gleiche Linie, wie der Friedrichshainer Bürgermeister, nämlich die ''Friedliche Lösung'', d.h. wir bekommen Verträge für einzelne Wohnungen, die jedoch auch noch saniert werden müßten. Auf diese Diskussion ließen wir uns nicht ein.

Die BesetzerInnen der Grünberger Str. 73

Die Öffag Friedrichshain vom 26.7.90

Auf der Podiumsseite der Berliner Zeitung vom 18.7. 90 hat Helios Mendiburu unverschämte und inkompetente Meinungen über die BesetzerInnen der Mainzer Straße geäußert.
Wir waren und sind jederzeit bereit, uns mit ernsthaften Gesprächspartnern zusammenzusetzen. So stehen wir in Verhandlungen mit dem Magistrat und sprachen zudem schon des öfteren mit Herrn Mendiburu (z.B. am 9.7. in Anwesenheit der Bürgerinitiative ''Mainzer Straße''. sowie am 18.7. nach Erscheinen der Podiumsseite). Jedoch bilden Beleidigungen und Diffamierungen, wie auch Ersuche, uns zu kriminalisieren und uns in gute und schlechte HausbesetzerInnen zu spalten, keine sehr fruchtbare Basis für konstruktive Gespräche. Helios Mendiburu weigert sich, uns als ebenbürtige Gesprächspartner anzuerkennen. Die Gespräche scheitern entgegen seiner Darstellung an seiner mangelnden Bereitschaft, uns zuzuhören. Selbst unser Angebot, den Bezirk Friedrichshain in Eigenleistung zu entrümpeln und somit auch unser, seit Monaten, existente Müllproblem zu lösen, wurde von ihm abgelehnt. Herr Mendiburu ist anscheinend eher gewillt, verfügbare 140.000 DM für eine Säuberungsaktion auszugeben, als mit uns BesetzerInnen eine weitaus preiswertere Alternative zu nutzen. Ständig versucht er, die Probleme zu verschieben, anstatt sie zu lösen. In diesem Sinne ist auch sein Vorschlag, uns 20 Wohnungen für 300 Obdachlose bereitzustellen, zu werten. Währenddessen ist uns an der Schaffung von Wohnraum gelegen. Wäre es nicht sinnvoller, jene Wohnungen Nochwohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen?

Zu den rechtsradikalen Problemen können wir uns nur wiederholen:
Die Organisierung gegen Neofaschisten ist kein ''Mäntelchen für ganz egoistische Ziele'', sondern notwendig. Der Vorwurf zeugt entweder von der Unkenntnis der Situation, oder von einer bewußten Verdrängung der Tatsachen. Faschistische Übergriffe finden nicht nur auf BesetzerInnen, sondern auch auf AusländerInnen (ArbeiterInnenwohnheime), multikulturelle Einrichtungen (Tacheles), Schwule (Mocca-Bar) und täglich gegen Einzelpersonen (Entführungen, Angriffe mit Leuchtschußmunition usw.) statt. Aus dieser Tatsache ergibt sich für uns ganz klar die Aufgabe, unseren Schutz vor faschistischen Überfällen selbst zu organisieren.

Wir wollen nicht gegen andere Menschen leben, geschweige denn, sie terrorisieren. Herr Mendiburu unterstellt uns Bösartigkeit, da wir mit den alteingesessenen FriedrichshainerInnenn leben wollen und sie nicht aus ihrem Kiez drängen wollen. Wir sind wahrlich keine Monster, wie Herr Mendiburu uns darstellt.
Jede und jeder, die/der mitmachen, sich informieren, Ideen verbreiten oder ganz einfach mit uns sprechen will, ist gern bei uns gesehen.
Alles weitere im Info-Cafe Mainzer 5.

Thekla proudly presents

TUNTENHAUS FORELLENHOF

Interviewer:
''Seht ihr euch in der Tradition des Tuntenhauses in der Bülowstraße?''

Schwul und Politik

Können Schwule politisch sein? Das ist leider die falsche Frage!
Besser: Sind Schwule dafür prädestiniert, links (Linke) zu sein?
Keine Grundsatzdiskussion, aber dafür eine kleine Rundschau der Schwulenpolitik:
Ja, Schwule sind politisch, aber auf welche Art und Weise. Es geistert immer wieder das Wort der ''Schwulenbewegung'' durch die endlosen Diskussionsveranstaltungen unserer Mitschwestern - es gibt sie nicht!
Schwulenborniertheit verhindert sie! Das fängt an bei der kurzsichtigen Forderung nach Abschaffung des 175, geht über zur Homoehe, bis hin zur Gründung des berliner Schwulenverbandes, zuständig für Lobbypolitik, der uns randgruppengeschädigte in die Mitte der Gesellschaft katapultieren und intigrieren will. Ja, und dann gab es noch den CSD (Abk. für ''M. Christopher Street Day'', sog. ''Befreiungstag'' der Lesben und Schwulen, Anm. d. Red.). Eine Erklärung der RAF- Angehörigen, die von uns gerne bis zum Ende vorgelesen worden wäre, wurde gewaltsam von unseren Mitschwestern aus besagter Randgruppe verhindert: 175 soll gehen, aber 129a soll doch bitte bleiben.
Da ist aber noch nicht Schluß! Kühnen presentiert die hervorragenden Eigenschaften der Schwulen: Man treibt's untereinander und hat keine Familie zu ernähren, man ist ungebunden - hervorragende Vorraussetzungen für einen Krieger. So platt das klingt, das Kapital hat diese Eigenschaften längst als nützlich erkannt: IBM stellt bevorzugt Schwule ein (bei gleicher Qualifikation natürlich), für den Krieg mit anderen Mitteln. So manchmal möchte man den Kopf schütteln.

Wo stehen wir, das Tuntenhaus?

Was wir wollen, ist keine schwule Heirat, die in 20 Jahren vielleicht noch den Segen des Pabstes erhält!
Was wir wollen, ist nicht die Kleinfamilie, die für die Menschenproduktion privilegiert wird!
Was wir wollen, ist, in einer Großkommune wohnen, die uns das Leben läßt, was uns die Gesellschaft verweigert.
(Dem geneigten Leser sei an dieser Stelle verraten, daß damit nicht ein großangelegtes ''Schöner Wohnen'' angestrebt wird.)
Wir sind ein politisches Projekt, das sich dem entgegenstellt, was kommt, Groß- Deutschland, E'92, neue Kapitalmärkte im Osten erschließen (...), und das sich mit denen solidarisiert, die dabei draufgehen, AusländerInnen, Frauen/Lesben, Obdachlose (endlos fortzusetzen).
Klar bleibt, der Staat mit seinen Gesetzen bedeutet, immer mehr Freiheit für immer weniger Menschen.

''Seht Ihr Euch in der Tradition des Tuntenhauses in der Bülowstraße?''
- ''Die sind geräumt worden!''

Thekla

Kinderfest auf dem Boxhagener Platz

Unter wohlwollendem Blick der Wettergöttin fand letzten Sonnabend (21.07.90) auf dem Boxhagener Platz das erste BesetzerInnen- Kinderfest statt. Zu beginn noch spärlich besucht, lustwandelten alsbald, von den Kiddies angeschleppte SpaziergängerInnen, Mütter, vereinzelte Väter, SeniorInnen zur Kaffee- Kuchen- Saft- Theke, standen etwas unbeholfen dicht bei ihren Kindern am Schminktisch, wo die Girls & Boys sich vielleicht VORgängig auf's Dienstleistungszeitalter eingespielt hatten, d.h. sich bemalen ließen. Selbst zu den Farben griffen nur nach & nach wenige. Auch von Sackhüpfen & Tauziehen war zu vernehmen, daß kräftig motiviert wur-

Protokoll vom Magistratstermin am 20.7. 15 - 16 Uhr

anwesend: 16 VertreterInnen des Vertragsgremiums,Herr Holziger, Frau Buchholz, Herr Scholz

1. Die Vorvereinbarung und die neue Häuserliste wurden überreicht

2. Auf die Frage nach Korrespondenz zwischen Magistrat und den Wohnungsbau GmbH's und nach der Verweigerung der Akteneinsicht bat Holzinger um Verständnis für das bürokratische Chaos. Laut Buchholz hat sich Herr Platen (Wohnungsbau GmbH Friedrichshain) ihr gegenüber so positioniert, daß er nicht bereit sei, Projektunterlagen herauszugeben (hätten ja schließlich was gekostet). Dem Fall Platen wird nachgegangen. Holzinger versprach, eine Lösung zu finden. Er versucht innerhalb der nächsten 2 - 3 Wochen eine Projektgruppe ''Hausbesetzungen'' zu bilden, bestehend aus ''seinem Haus'', dem Innennstadtrat, den GmbH's, den Bezirksbürgermeistern und -baustadträten und der Polizei, die dann abgestimmt und einheitlich handelt und weisungsberechtigt ist.

3. Zu seiner Weisungsbefugnis gegenüber den GmbH's erklärt Holzinger, der Magistrat sei in keinem Sinne weisungsberechtigt, sondern lediglich die Geschäftsführer der GmbH's bzw. der PrivatbesitzerInnen.Dies betrifft auch Räumungen, die auf 3 Wegen erfolgen können:
- Der Innenminister läßt wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit räumen
- Ein /e EigentümerIn klagt Räumung ein
- Über den Verwaltungsweg (Wohnraumlenkungsverordnung), darauf hat der Magistrat einen gewissen Einfluß.

Der Magistrat kann nur versuchen, mit den GmbH's einen Konsens zwecks Nichträumung zu erreichen bzw. bei Privatklagen eine Krisensitzung anzusetzen. Er kann den GmbH's nicht verbieten, Räumungsanträge zu stellen, um (seiner Meinung nach) ihre Nichtduldung der illegalen Besetzungen kundzutun. Dennoch sichert er nochmals zu, daß nicht geräumt wird.
Zum Fall der geräumten Ohmstr. 5 erklärt er, sie sei nicht auf der Häuserliste gewesen, um diese Häuser kümmere er sich nicht.
Laut Buchholz ist die Strategie der GmbH's zu Räumungen noch nicht klar erkennbar.

4. Zur Grünbergerstr.: Weder die Verpachtung noch Herr Beck sind bekannt. Frau Buchholz recherchiert.

5. Die Polizeihubschraubereinsätze sind unbekannt. Trotzdem Holzinger sie verständlich findet, will er nachfragen.

6. Frau Buchholz forderte Antwort auf das Gespräch zwischen Mendiburu und Pinus vom 18.7. (Angebot von einzelnen Wohnungen bei Aufgeben der Häuser). Da niemand informiert war (peinliche Situation) wurde von uns auf dem Gesprächstermin vom 23.7. zwischen Mendiburu und Mainzerstr. verwiesen.

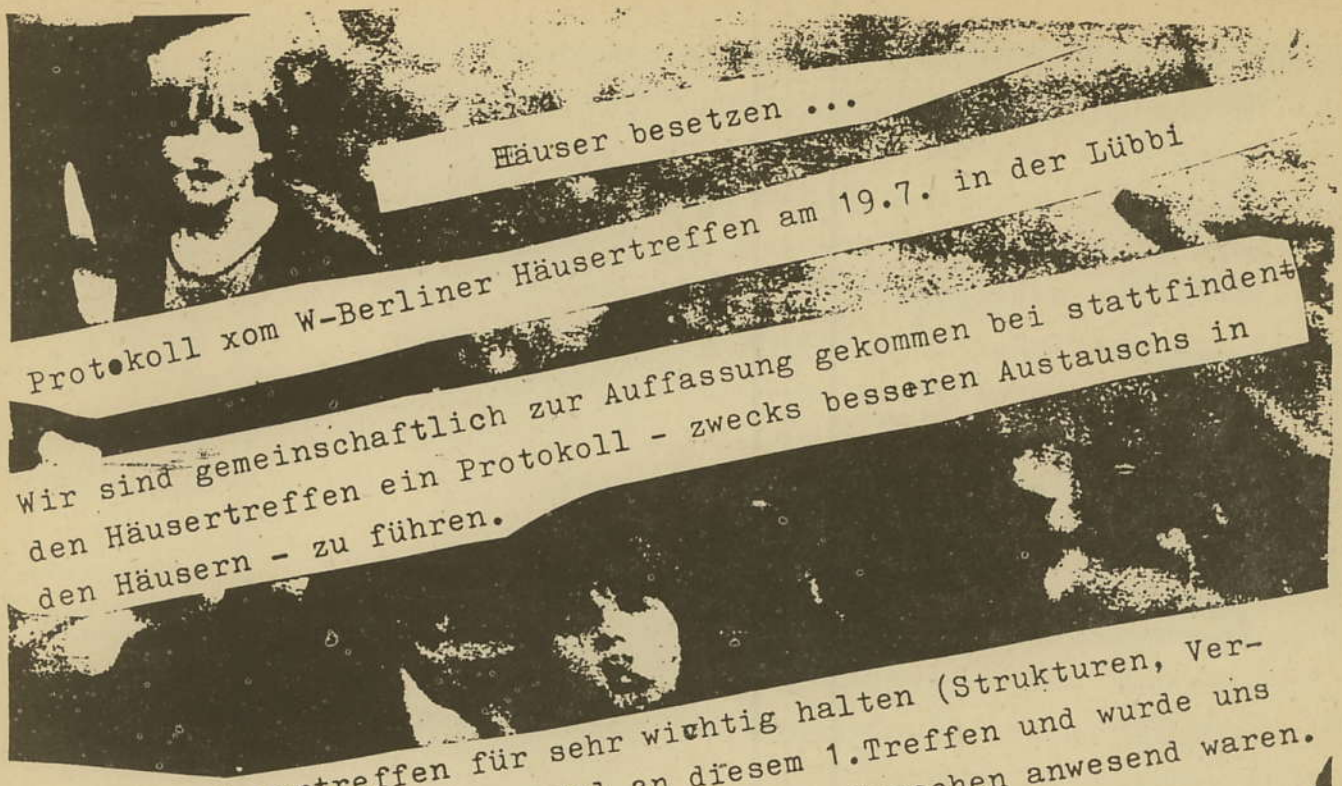
7. Weiter hatten Holzinger folgende Punkte auf dem Herzen:
- Er verhandelt nicht mit Straftätern, dabei verweist er auf die Verkehrsberuhigung der Adalbertstr.. Laut Scholz werden solche Taten, alle aus dem Haus, vom Gesetzgeber zur Verantwortung gezogen, sofern sie sich nicht einzeln distanzieren.
Bis jetzt tut Holzinger damit nur seine ''persönliche Meinung''kund und gibt diesen prophylaktischen Hinweis, die Beweislast nimmt er auf sich.
- Holzinger bittet, ein Mindestmaß an Zusammenleben mit der Nachbarschaft zu versuchen (u.a.Mainzerstr.). Er schlägt die bewährte Vermittlerrolle der Kirche, in Form von ''gestandenen Jugendpfarrern'', vor.
- Holzinger machte eindringlich das Angebot, mit den Bezirken über einzelne Ausbauwohnungen als Ersatz für die Häuser zu verhandeln!!!
- Er fordert legitimierte VertreterInnen, sonst nimmt er sich jedes Haus ''einzeln vor''

8. Die für Besetzungen zuständige Gruppe des Magistrats sieht es neben der Koordinierung der Projektgruppe als ihre wichtigste Aufgabe an, die Rechtslage der Häuser zu klären (incl. Appell, Privathäuser aufzugeben). Dabei wird hingewiesen, daß jetzt von den GmbH's abgeschlossene langfristige Verträge für besetzte Häuser im Nachhinein für nichtig erklärt werden können.

9. Das Protokoll wird bei Frau Buchholz am Dienstag zwischen 16 und 18 Uhr abgeholt, darin steht ein neuer Termin.

Fazit: Die Verhandlung lief diesmal völlig daneben, wir haben einen uneinheitlichen und uninformierten Eindruck gemacht, waren schlecht vorbereitet und ohne erfahrene SprecherInnen.
Zu allem Überfluß fing dann auch noch einer von uns an, Privatverhandlungen über eine einzelne Wohnung zu führen und uns damit als spaltungswillig darzustellen. Das darf nicht nochmal passieren!!!

Anne Regina Bernd

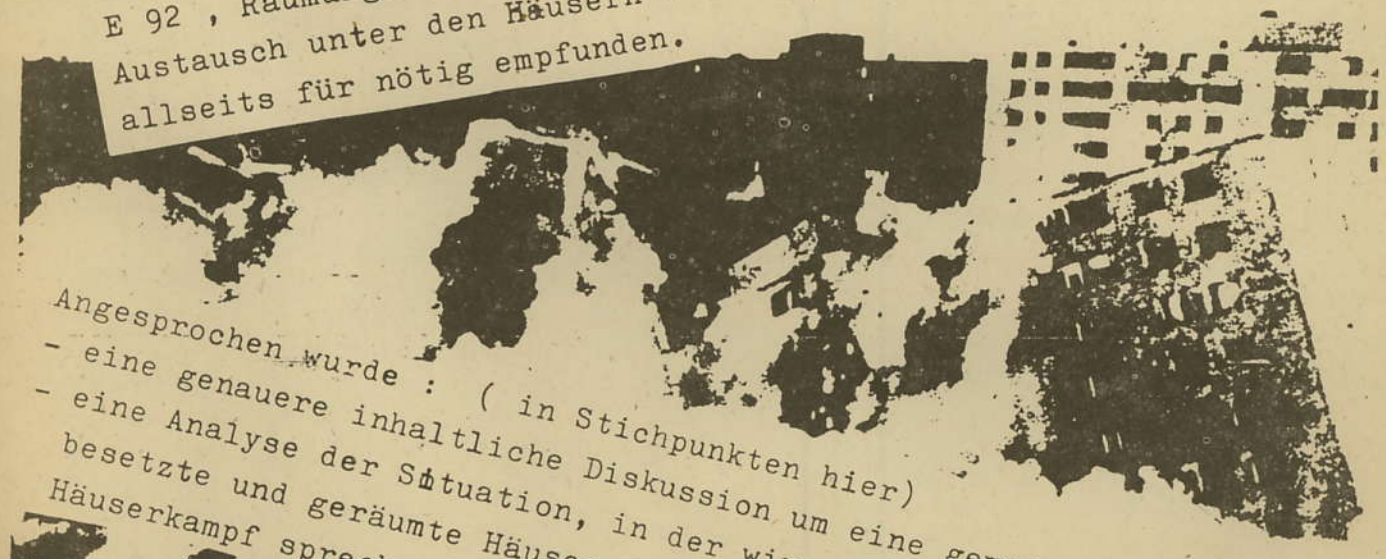


Häuser besetzen ...

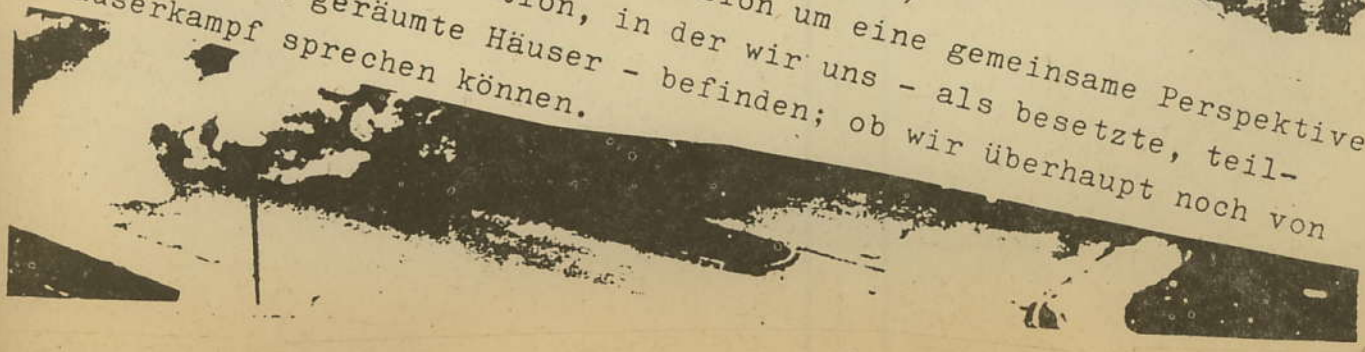
Protokoll xom W-Berliner Häusertreffen am 19.7. in der Lübbi

Wir sind gemeinschaftlich zur Auffassung gekommen bei stattfindenden Häusertreffen ein Protokoll - zwecks besseren Austauschs in den Häusern - zu führen.

Da wir ein Häusertreffen für sehr wichtig halten (Strukturen, Vernetzung, etc.) lag uns sehr viel an diesem 1.Treffen und wurde uns etwas mulmig , als um 3/4 8 nur sehr wenige Menschen anwesend waren. Zum Schluss sind aber denn doch fast alle gekommen :
Lübbi, March, Erkel, Werrablockers, geräumte Remise Dankelmann, schon lang geräumte Wissmannstr.
Am Anfang gings nochmal um die Frage warum wir dieses Treffen machen, weil es gibt die Erfahrung mit dem alten Häuserkampfplenum (Donnerstag Abends in der Nostiz), was im Moment ins Sommerloch gefallen ist. Ausgehend von der sich insgesamt verschlechternden Situation (TREVI , E 92 , Räumungen in Groningen, w-Berlin, + +) und dem mangelnden Austausch unter den Häusern + innerhalb der Häuser wird das Treffen allseits für nötig empfunden.



Angesprochen wurde : (in Stichpunkten hier)
- eine genauere inhaltliche Diskussion um eine gemeinsame Perspektive
- eine Analyse der Situation, in der wir uns - als besetzte, teilbesetzte und geräumte Häuser - befinden; ob wir überhaupt noch von Häuserkampf sprechen können.



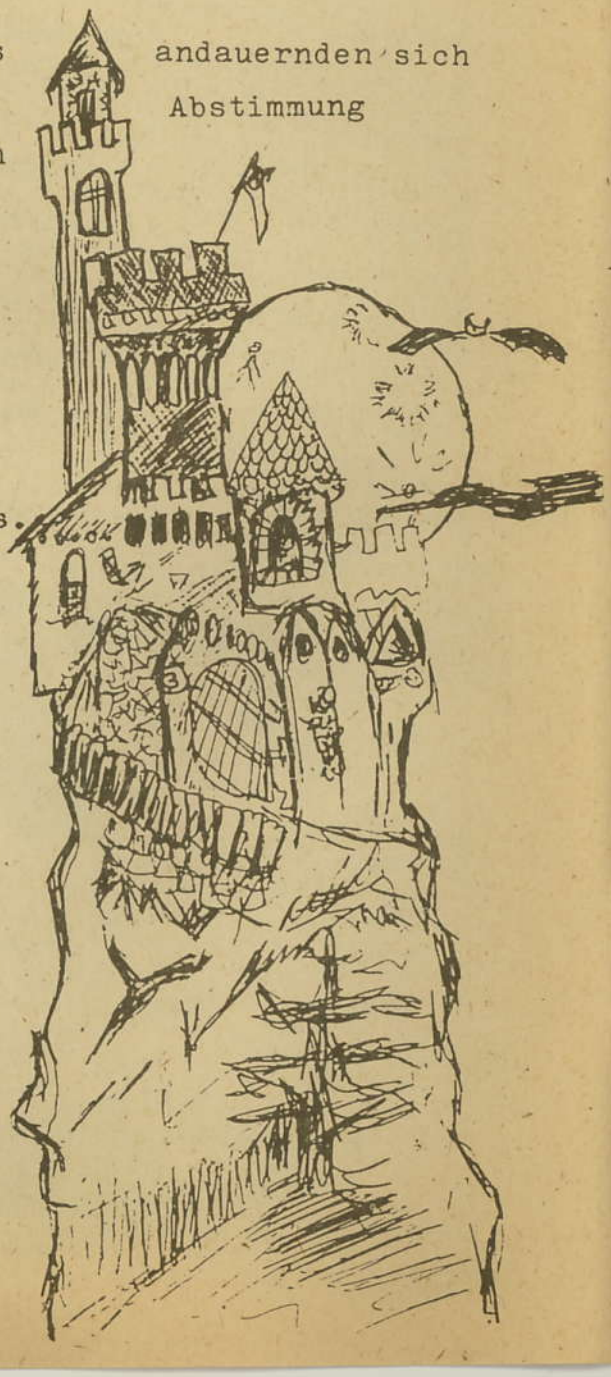
- welche Möglichkeiten wir sehen :
  Z.B.: gemeinsames Verhalten bei Räumungen wäre gut; dass es im Moment nicht ist zeigt das wenige Verhalten bei der Räumung der Remise letzte Woche (zum Teil sind die Infos dazu in den Häusern versackt).
- Verankerung in der Bevölkerung, um ein Stück weit der Ghettoisierung in den Häusern entgegenzuwirken, eine gemeinsame Kraft zu entwickeln.
- es gab die Überlegung mit den Ost-Häusern zusammen Treffen zu machen; da ist es grad so, dass es im Osten jeden Montag ein Treffen von allen besetzten Häusern gibt, und sonst im Osten auch jede Menge treffen unter der Woche gibt - und dass wir es wichtig finden , dass wir uns im Westen, wo es auch nochmal ne andere Situation ist, auf Reihe kriegen.

Nach diesem Austausch über das Warum eines solchen Treffens erzählten die Häuser über ihre momentane Situation. Leute aus der Marchstrasse erzählten von "ihrer" Hausbegehung durch die Bauaufsicht + Baustadtrat von Charlottenburg, Dykhoff.

Im Erkelenzdamm ist die Stimmung aufgrund des andauernden sich hinziehenden Räumungsdruck + der letzten Abstimmung der Besitzer/innen eher gedämpft. Neue Iddeen und Initiativen sind zu entwickeln.

Es wurde an gemeinsamen Möglichkeiten in W-Berlin überlegt. ...

Das Protokoll zeigt, dass dieses erste Treffen erst einmal eine Sammlung von Vorstellungen wiedergibt; deshalb sehen die einzelnen Punkte auch so hingewürfelt aus.



Nächstes Häusertreffen
Donnerstag 26.7.
um 19 . oo im Erkel

PRESSEERKLÄRUNG

des Stadtrates für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Dr. Thurmann zum Magistratsbeschluß 96/90

1. Der Magistrat von Berlin hat sich heute zur Lösung von Hausbesetzungen, die grundsätzlich friedlich erfolgen sollen, bekannt.

Er hat damit die unter Federführung von Stadtrat Dr. Thurmann und seinem Beauftragten eingeleiteten Verhandlungen mit den Hausbesetzern und die grundsätzlich angestrebte friedliche Lösung bestätigt.

Damit könnenn die Verhandlungen auf der Basis des Magistratsbeschlusses von heute weitergeführt werden.

2. Das politische Konzept zur Lösung der Hausbesetzungen geht davon aus, daß Vertragsabschlüsse zur Wohnraumsanierung zwischen den Eigentümern bzw. Rechtsträgern und den Besetzern der Häuser angestrebt werden.

Dafür ist der Einsatz von 20 Mio. DM zur Unterstützung von Sanierungsverträgen für das II. Halbjahr 1990 vorgesehen.

3. Kommen keine Verträge über die Wohnrauminstandsetzung zustande, ist die Beendigung der Hausbesetzung geboten.

4. Weitere Besetzungen von Wohnhäusern in Berlin sind zu verhindern!

Willkür bei der Inanspruchnahme von Wohnraum kann ausgehend von der angespannten Wohnungssituation nicht nachträglich legalisiert werden.

5. Zur stadtbezirksübergreifenden Arbeit und zur Erarbeitung spezifischer Verfahrenskonzepte zu jedem besetzten Haus wird eine Projektgruppe unter Leitung der Stadträte für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr sowie Inneres eingesetzt.

6. Für instandsetzungswürdige Wohnraumsubstanz werden Förderinstrumente zur Einbeziehung von Bürgern bei der Sanierung zur Anwendung gebracht.
Dabei sollen insbesonders die Bürgerinitiativen unterstützt werden, die unter dem Ansinnen der baulichen Selbsthilfe im November 1989 begonnen haben, den weiteren Verfall der Altbausubstanz zu stoppen.

7. Für interessierte Bürger und Vereinigungen wird eine Informations- und Beratungsstelle zur Wohnraumsanierung im Bereich Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr eingerichtet. Hier wird über die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung an der Rekonstruktion sanierungsbedürftiger Objekte beraten.

Telefon: 242 3305

Natascha und Iwan haltens Maul!

Keine Info's an Bullen und Justiz.

Jede Aussage kann euch und eure FreundInnen belasten.

Nach geltendem DDR- Recht habt ihr bei Aussageverweigerung keinerlei zusätzliche Repressionen zu befürchten. Laßt euch nicht von Bullen einlullen oder einschüchtern, meistens wissen sie eh nix. Sprecht dieses Thema nochmal in euren Gruppen (bzw. mit euren MitbewohnerInnen) durch. Ganz besonders wichtig vor allem bei Aktionen von Demo bis...

Sprecht alle (auch kleine) Aktionen vorher durch. Bezieht auch mögliche Schwierigkeiten mit ein.

Geht vorsichtig und verantwortungsvoll mit Infos um und nennt natürlich keine Namen (nicht auf der Straße rumschreien). Achtet auf die Möglichkeit überwacht bzw. abgehört zu werden (Richtmikrophone usw.).

Denkt daran das auch bei spontanen Aktionen kein/e Außenstehende/r etwas mitkriegen muß (Maske, etc.). Überlegt euch mit wem ihr Aktionen macht, und achtet aufeinander, laßt keine/n allein zurück.

<u>Übrigens:</u>
Schon mal über euer Verhalten, bei Durchsuchungen und Räumung, in euren Häusern gequatscht? Ihr wißt ja, daß reagieren oder gelassen bleiben in brenzligen Situationen viel leichter ist, wenn frau/man darauf vorbereitet ist.

Finstere Räumung in Holland

Während in Berlin das Häuserbesetzen blüht, fand in Groningen eine der finstersten Räumungen statt.
Am 27. Mai wurde der WNC geräumt. WNC war ein vor 4 1/2 Jahren besetzter Block von 6 Häusern. Es gab dort ein Info- Cafe, Schallplattenverkauf, An & Verkauf, Volksküche, Cafe- und Infoladen, Frauencafe, Übungsräume für Band's und Artisten, Ateliers und Werkstätten, Zimmer für Mensch und Tier und natürlich eine Kneipe.
Der Richter legte fest, daß es am 28. Mai geräumt werde, aber zur Überraschung haben wir am 26. Mai, 5 Uhr morgens, Barrikaden auf die Straße gebaut und Krawall gemacht, um nicht warten zu müssen, bis sie uns räumen kommen. Wir wollten die Zeit selbst festlegen. Alle von uns hatten einen Overall an und eine Gasmaske auf, deswegen konnten uns die Bullen nicht identifizieren. Die Bullen benutzten Tränengas, 2 Wasserwerfer und einen Bulldozer. Die Aktion dauerte ungefähr 4 Stunden. Dabei gingen ein Cafe, ein Anwaltsbüro und ein Büro von der Gemeinde drauf. Daß dabei ein Cafe drauf ging, finde ich nicht gut, weil es keine politische Aktion war. Die Sache mit dem Anwaltsbüro dagegen war sehr gut, weil es die Anwälte von dem Eigentümer des WNC waren. Nach 4 Stunden kamen ca. 250 Bullen von 2 Seiten und wir mußten uns ins Haus zurückziehen. Wir wurden nicht vor dem nächsten Morgen geräumt.
Alle 139 Leute wurden verhaftet und auf verschiedene Knäste verteilt. Die ersten 5 Tage saßen wir alle im Polizeiknast und einige sogar 10 Tage. Danach kamen wir in normale Knäste, wo es wesentlich besser war. Die letzten zwei Leute von uns wurden am 21.7. freigelassen. Es hat so lange gedauert, weil einige Leute Aussagen gemacht haben. Ohne diese Aussagen, hätten die Bullen keine Handhabe gehabt, uns so lange festzuhalten. Die Gründe, daß Leute ausgesagt haben, waren mangelhafte Vorbereitung auf Knast und Verhöre und natürlich die miese Art und Weise, wie sie von den Bullen verhört bzw. behandelt wurden. Z.Bsp., einer Frau, welche eine akute Ohrenentzündung hatte, wurde im Polizeiknast solange die Arzeneien verweigert, bis sie aussagebereit war. Anderen wurden Fotos gezeigt, von dem Körper eines Freundes, der Selbstmord begangen hatte, mit der Unterstellung ihn umgebracht zu haben. Weiterhin wurden einige die ganze Zeit in Isolationshaft gesteckt und andere wurden verprügelt. Im Frauenknast wurden die Rechte immer weniger und die Repressionen immer mehr, durch Isolation, durch körperliche Gewalt und geistige sowie sexistische Erniedrigungen. Als die Scheißbullen zu weit gingen, traten die Frauen in den Hungerstreik. In den anderen Knästen sind die Gefangenen aus Solidarität mit den Frauen und den Gefangenen in Isolationshaft auch in den Hungerstreik getreten.
Als sie in bessere Knäste verlegt oder entlassen wurden, war es für die meisten von uns das Ende des Hungerstreiks. Die Anderen machten bis zum Prozeß weiter. Beim Prozeß wurde Artikel 140 angewandt (ähnlich wie in der BRD/WB 129a) mit dem Strafantrag auf 9 Monate. Es kamen dazu Artikel 141 (Gewalt in Vereinigung) und Artikel 162 (Gefährdung von Verkehr und Straße). Die Urteilsverkündung bezog sich aber offiziell auf Artikel 141. Das bedeutete für die meisten 6 Wochen (zwei davon auf Bewährung), für die beiden "sogenannten Rädelsführer" 8 Wochen und für die Leute, die Aussagen machten, 6 Wochen Knast und 50 unbezahlte Arbeitsstunden.
Hoffentlich haben sie daraus gelernt, daß Aussagen gegen alle angewandt werden (schlimm genung, dachte ich) und immer gegen sich selbst. Deswegen ist es verdammt wichtig, genügende Vorbereitungen zu treffen und sich auf Knast mit Verhöre einzustellen. Günstig ist es bei

Aktionen mitzumachen, wo es nur 2 - 4 Tage Knast geben kann, um damit konfrontiert zu werden.
Das ist wichtig, da Du auch plötzlich bei Krawallen usw. verhaftet werden kannst. Und merke Dir! Keine Aussagen, sie sind nicht nur gegen Dich, sondern gegen alle - egal, was die Bullen auch sagen. Glaubt denen nicht, die Justiz ist unser Feind und Feinden helfen wir nicht (oder?)!
Es ist bewiesen, daß es möglich ist, denn von 60 Leuten haben die Bullen immer noch keine Namen (Sie haben gar nichts). Sie versicherten sogar unsere Identität an Hand von Foto's und Fingerabdrücken zu finden. Der Strafanwalt findet die Strafe zu mild. Er will, daß auch nach Artikel 140 verurteilt wird und ging in eine höhere Instanz. Es kann längere Zeit dauern, bis ein neuer Prozeß eingeleitet wird. Alle haben ihre jetzige Strafe schon abgesessen, aber es kann noch mehr werden. Die größte Scheiße wäre, wenn Artikel 140 angewandt wird. Das würde heißen, daß bei einer ähnlichen Sache (es genügt, an einer Hausbesetzung teilzunehmen) wieder nach diesem Artikel bestraft werden kann.
Wie das alles weitergeht, ist nun unsicher, aber ich denke, mit Europa 92 wird es durchgesetzt.
Die gesamte Zeit existierte eine Knastgruppe, welche die Gefangenen unterstützte bzw. es versuchte. Sie machten Pakete mit Kleidung, Bücher und Essen (die meisten waren Vegetarier und Vegetaristen) und suchten linke Anwälte, da wir für 139 Leute mehrere brauchten. Sie saßen 24 Stunden pro Tag am Telefon.
Es gab auch eine Pressegruppe, welche Erklärungen an die "offiziellen" Medien abgaben, eine Elterngruppe und Leute, die Benefiz- Feste organisierten, Demos, Informationstage usw..
Die Solidarität war richtig, sogar von Leuten, wo ich es nicht erwartet hätte. Unter anderem gab es zwei Soli- Demos in Minneapolis und New York.
Einwurf von uns: Was wurde in Berlin getan???
Obwohl nicht alles, was passierte, gut war, haben wir viel daraus gelernt. Es muß eben noch viel darüber geredet werden, um beim nächsten Mal Fehler zu vermeiden.
Viele Diskussionen werden schon geführt.
So, das war es. Wenn's was Neues gibt, werdet Ihr es hören.

STOP PARAGRAPH 140 !!

Ideen können nicht geräumt werden, Besetzungen werden immer sein.

They' ve struck a rock !

Michey (ehemaliger Gefangener)
Kaka (Knastgruppe)

Groningen, NL.

Wer mehr darüber wissen will: am 8.8.90, Mainzerstr. 4, 20 Uhr spricht einer der ehemaligen Gefangenen.

Sommer 1990:
80 besetzte Häuser in Berlin
Wir machen einen Film dazu!
Informiert uns bitte über eure
Aktivitäten,
- Hof- und Straßenfeste
- Größere Renovierungsarbeiten
- Soli-Aktionen
- Projekte
& auch und vor allem bei Ärger
mit Staat und Faschos
Grundlage für uns ist die Zu
sammenarbeit mit Euch!

KINO KANAL
KRAAK
Tucholskystraße 30 (1040)
Tel. 2829585

Kinopremiere:
„Züri brennt"
(Film über die Züricher Haus
besetzerbewegung Anfang der
Achtziger)
Montag, 30.07. ——» 22.00 Uhr
Eintritt: Drei Mark
(& gegen Sachspenden jedweder
Art haben wir nichts einzuwen-
den !!!)

BUNDESWEITE DEMONSTRATION GEGEN NATIONALE EUPHORIE

Das Bündnis ''Radikale Linke'', das schon die Demonstration ''Nie wieder Deutschland'' am 12. Mai in Frankfurt organisiert hat, hat auf seinem Kongreß Anfang Juni in Köln beschlossen, zu einer Großdemonstration um den 9. November 1990 herum aufzurufen.
Als möglicher Ort ist Berlin im Gespräch. Auf Einladung der Radikalen Linken Berlin haben sich am 13.7. bis zu 80 Leute getroffen und das Demo- Projekt grundsätzlich befürwortet. Anwesend waren Menschen aus folgenden Spektren: Noch- Grüne, Schon- nicht- mehr Grüne (ÖkosozialistInnen), VSP, KB, PDS, VL, Unabhängiger Frauenverband, PDS- Ini (WB) und zahlreiche Unorganisierte.
In der Diskussion wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte für die Demonstration benannt:
- Bezug zum 9. November 1938, an dem der NS- Staat zu seinem mörderischen Angriff auf die jüdische Bevölkerung ansetzte.-
- Benennen der faschistischen Kontinuitäten in der BRD (Politik, Justiz, Medizin...) und der Verdrängungsleistung der deutschen Bevölkerung, die ihre Beteiligung am faschistischen Geschehen geleugnet hat und leugnet, und die die Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft bis heute als Niederlage begreift. Die daraus resultierende Teilung Deutschlands wurde stets als ungerechte Bestrafung aufgefaßt.
- Der 9. November 1989 wird nun als Tag der Befreiung gefeiert werden und die NS- Geschichte soll endgültig entsorgt werden.
- Der deutsche Imperialismus ist auf allen Ebenen in der Offensive: Zerschlagung und Annektion der DDR, Eroberung der osteuropäischen Märkte, Erringung der Hegemonie innerhalb der EG.
- Verdrängen aller kritischen und linken Ansätze ins gesellschaftliche Abseits als Folge des Zusammenbruchs des realen Sozialismus.
- Antisemitismus ist wieder salonfähig, Rassismus ist integraler Bestandteil deutscher Herrschaft: tägliche physische Angriffe auf ImmigrantInnen oder schwarze Deutsche, das neue ''Ausländergesetz'', das auf konsequente Ausweisung zielt, Abschottung eines weißen Europas gegen jede Immigration.

Wir laden Euch zum ersten TrägerInnenntreffen für die Demonstration ein:
am: Montag, 6.8.90
um: 19.30 Uhr
im: Türkenzentrum, Schinkestr.8-9,1/44
U-Bahnhof Kottbusser Damm

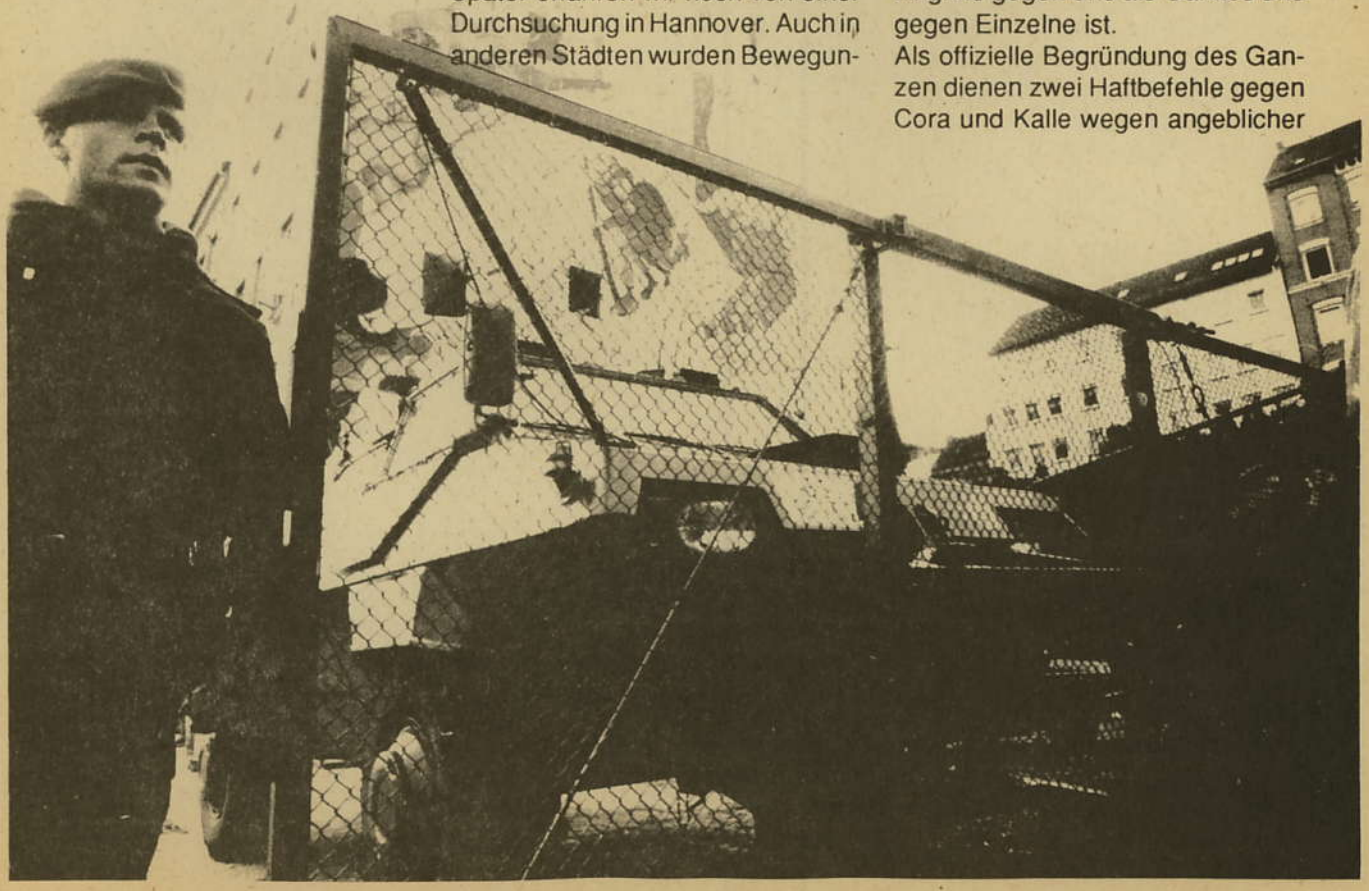
Neben organisatorischen Fragen soll über oben angerissene Inhalte diskutiert werden. Angesichts der Lage in dieser Stadt erscheint uns über die Demo hinaus eine Aktionswoche/ Kampagne nötig, die möglichst breit getragen ist und sich massiv deutschen Nationalismus und Rassismus entgegenstellt. Im Zentrum müßte auch eine Mobilisierung gegen das ''Ausländergesetz''stehen.

...irgendwer, irgendwie, irgendwas... in der Hafenstraße...

Am Dienstag, den 15.Mai 1990, wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft unsere Häuser gestürmt, besetzt und durchsucht. Zirka 3000 Bullen und BGS-ler waren an der Aktion beteiligt. In ihrem Schutz kamen ungefähr 150 BKA und LKA Beamte, die die Durchsuchung vornahmen und lastwagenweise sogenanntes "Beweismaterial" abschleppten. Weder BewohnerInnen, NachbarInnen, Presse, teilweise AnwältInnen kamen rein oder raus. Im Umkreis von 300 Metern um die Häuser sperrten sie alles ab und für die Dauer des ganzen Tages war für alle, die in dem Sperrgebiet wohnen bzw. gemeldet sind, ein Passierscheinsystem vorbereitet worden. Als Grundlage für Kontrollsystem, Komplexdurchsuchung usw. dienten Teile aus den Notstandsgesetzen von 68 und 76/77. Gegenüber, auf dem Gelände von DFDS, wurde ein Gefangenenlager eingerichtet (22 Festgenommene, die aber wieder freigelassen wurden). Der Sturm auf die Häuser und die Durchsuchung ziehen sich über 10 Stunden hin. In einem Haus schmissen sie jeden von uns auf den Boden, fesselten die Leute mit Plastikfesseln; in ein Anderes drangen sie mit gezogener Pistole ein. Erst Stunden nach dem Beginn des Feldzuges und dem Auftauchen einer Reihe von Anwälten ließ die BAW eine auf Hochglanz gedruckte Erklärung raus, die nicht mehr besagte als das angeblich irgendwelche Leute irgendwie irgendwo bei einem Versuch dabeigewesen sein sollen irgendwas vor diesem korrupten Staatsapparat zu verbergen. Gleichzeitig zu der Aktion bei uns laufen in Hamburg zwei Durchsuchungen in Privatwohnungen und im Buchladen "Schwarzmarkt". Später erfahren wir noch von einer Durchsuchung in Hannover. Auch in anderen Städten wurden Bewegungen von Menschen beobachtet und teilweise deren Personalien überprüft.

Mit der Razzia, die über Monate geplant und bundesweit koordiniert wurde, hat in unseren Augen die BAW die Federführung bei der Bewältigung des "Problems Hafenstraße" übernommen. Es wird zwar weiterhin versucht uns über das Mietrecht zu kündigen und zu räumen (nächster Prozeßtermin: 2.Juli), aber wir können uns schlecht vorstellen, daß die BAW nach Hamburg gekommen ist um uns lediglich einen Schrecken einzujagen. Mit solchen Interpretationen, wie sie am nächsten Morgen zum Beispiel in der MOPO standen: "Außer Spesen nix gewesen!" können wir nix anfangen; sie stellen den Sachverhalt völlig auf den Kopf. Wir nehmen die Durchsuchung sehr ernst, denken, daß sie der Beginn einer neuen Qualität des Angriffs gegen uns als Ganzes und gegen Einzelne ist.

Als offizielle Begründung des Ganzen dienen zwei Haftbefehle gegen Cora und Kalle wegen angeblicher



"Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF)". Die Durchsuchungsbefehle wurden gestützt auf "Kontaktverdacht" von elf Menschen von uns zu den beiden. Cora und Kalle haben hier mit uns gelebt. Das sie nicht mehr hier wohnen ist den Bullen aus früheren Einsätzen, spätestens aber seit der Razzia vom 3.4.90 (damals wollten sie drei Haftbefehle vollstrecken, einer davon gegen Kalle wegen 100 DM Bußgeld), sowie der permanenten Observation der Häuser nur zu bekannt. Cora und Kalle sind hier weggegangen. Cora sollte eineinhalb Jahre Knast absitzen. Zu allem Weiteren ist von uns aus nichts zu sagen; das können nur Cora und Kalle selber tun. Quasi als nachträgliche Begründung der Razzia erklärt Rebmann eine Woche später, eine Wohnung in der Hafenstraße "entdeckt" zu haben, die nach "Anlage und Ausstattung" als "Schaltzentrale der RAF in Norddeutschland" anzusehen sei. Dazu sagen wir: Barer Unfug. Diese Wohnung wurde in den letzten vier Jahren zweimal durchsucht, von der HEW und der Lawaetz-Stiftung begangen, und schon damals gab es eine angemeldete Funkanlage und eine E-Werkstatt, ebenso wie die Zugänge zu Keller und Hinterhof. Nichtsdestotrotz machen sie daraus, aus den Computern, dem Fotolabor, dem Kopierer, sowie ihrem Charakter als Gemeinschaftswohnung ein '129a Verbrechen'- daß heißt Unterstützung der oder Mitgliedschaft in der RAF.

Das Ganze basiert auf der seit Jahren von der BAW angewendeten Ebenenkonstruktion in der RAF: Kommandoebene - kämpfende Einheiten - legaler Arm der RAF. Konkret auf uns bezogen sieht ihre bisherige Konstruktion so aus:

Im Dezember 1989, nach der Aktion gegen Herrhausen, werden in Norddeutschland Ute Hladcki und Holger Deilke festgenommen und ohne konkreten Tatvorwurf zur RAF-Kommandoebene hochstilisiert. Wenig später wird eine Kate in Lasbek entdeckt, wo zwei Leute gewohnt haben sollen, die öfter Besuch von Ute und Holger gehabt hätten. Heute geht die BAW davon aus, daß es Kalle und Cora waren. Kurz darauf werden mehrere Leute im Raum Hamburg verhaftet. Einer der Verhafteten gibt an, er sei von einem Kalle in der Volxküche angesprochen worden, ob er nicht den Strom für die Kate in Lasbek anmelden könne. Außerdem in in diesen Tagen, riesige Schlagzeilen in den Zeitungen: "Spur der RAF führt in die Hafenstraße!". Die Bullen hatten bei Holger einen Ausweis gefunden, der aus einem Autoaufbruch vor unseren Häusern stammen soll. Ihr Konstrukt ist simpel: Ute und Holger RAF-Kommandoebene, Kalle und Cora auch irgendwie RAF, und da sie hier im Hafen gewohnt haben und sowieso muß hier auch die RAF sein, bis hin zur Schaltzentrale. Und es geht noch weiter: In der Verbotsbegründung für die Demo am Samstag nach der Razzia hieß es, Solidarität mit der Hafenstraße sei Solidarität mit der RAF. Damit eröffnen sie eine neue Qualität der Kriminalisierung.

Nicht nur der bewaffnete Kampf, bereits der Versuch gesellschaftliche Alternativen offen zu leben wird zum Unding erklärt und mit ihrem ganzen innenpolitischen Machtapparat bekämpft. Öffentlich werden Überlegungen angestellt, ob nicht eine dauerhafte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht um darüber das SOG anwenden zu können. Das hieße: Räumung und Abriß der Häuser und dazu noch mehrere von uns für Jahre in den Knast. So, wie sie in der Geschichte immer wieder durch Terror und Propaganda versucht haben, den bewaffneten Kampf als sinnlos erscheinen zu lassen, versuchen sie jetzt durch ihren massiven europaweiten Angriff auf besetzte Zentren (Holland, Dänemark) uns jede Perspektive zu nehmen, wollen sie uns mit unseren Träumen in die Isolation drücken.

Und wir ?

In den ersten Diskussionen nach der Durchsuchung haben wir festgestellt, wieviel Arbeit untereiander noch notwendig ist, diesem Angriff standzuhalten oder ihn gar zurückzuweisen. Aber es ist nicht nur das. Es fällt uns auch schwer, genau zu fassen, was diesen Angriff eigentlich ausmacht, was er auch mit uns macht.

Bei den verschiedenen Diskussionen und Versuchen, ein Flugblatt dazu zu schreiben, sind wir immer dabei stehen geblieben, den Angriff zu beschreiben und ihn durch eine politische Analyse zu erfassen (allgemeine politische Lage, Zusammenbruch des Ostblocks, der DDR Wiedervereinigung, Europa 92, 2/3 Gesellschaft, Zustand der Linken, Angriff auf die Linke). Und das, obwohl wir ziemlich klar haben, daß es nicht reicht die Razzia nur zu beschreiben und die Konstruktionen der BAW festzustellen. Wir denken, daß wir ihren Angriff nur brechen können wenn wir das, was uns ausmacht, unseren Alltag, unsere unterschiedlichen Ansätze, besser zusammenkriegen. Und das es notwendig ist, uns selbst wieder gegenseitig ernster zu nehmen, was voneinander zu fordern, Widersprüche anzugehen und die Streits daran durchzustehen. Denn eins ist klar: Sie haben hier nicht Wattebäuschchen und Bonbontüten mitgenommen, sondern Dinge, die mit unserem konkreten Alltag, unserer politischen Praxis was zu tun haben. Was sie daraus basteln ist eine Sache, insofern sind es ihre Konstruktionen. Aber sie basteln mit etwas was es hier konkret gibt, was uns auch ausmacht und worüber es auch immer wieder kleinere und größere Streits gab. Sei es über Fragen wie wir uns die Kohle besorgen, die wir zum Leben brauchen, wie wir politisch handeln, wie wir mit Drogen umgehen, was für Strukturen unter uns herrschen. Wir entwickelten zum Beispiel eine Mentalität, vieles, was in unserer besonderen Situation möglich wurde, einfach auszuprobieren, ohne es mit allen oder verantwortlich bis in die letzte Konsequenz zu durchdenken. Die vordergründige Stärke, mit 150 Leuten auf einem Fleck gegen diesen Staat zu leben, machte uns sicher auch leichtsinnig und angreifbarer für die andere Seite. Das macht es für uns wohl auch so schwer, etwas dazu zu sagen; weil uns der Angriff trifft, trifft in dem wie wir sind, was wir machen.

Und nicht nur das. Es ist auch ein verdammt großer Unterschied, ob sie wie 86/87 hier auflaufen und nach und nach Wohnungen räumen, wir aber, wenn auch beengt, die Möglichkeit hatten, weiter zusammen zu sein und gemeinsam was zu entwickeln - oder wenn du mit dem Gefühl im Magen rumläufst, daß sie jetzt jeden Tag kommen können um welche von uns festzunehmen und vielleicht für Jahre in den Knast zu stecken. Nicht "nur" Wohnungen räumen, Menschen raümen. Und natürlich haben wir auch Angst, daß wir es vielleicht nicht schaffen könten, dem Ganzen, was gerade gegen uns läuft, noch rechtzeitig was entgegenzusetzen. Wo es im Moment eben nicht so aussieht wie "damals", als eine breite linke Öffentlichkeit von dieser Stadt Toleranz forderte. Nicht nur, daß BKA und BAW sich in einem Maße wie noch nie eingeschaltet haben, auch eine total veränderte gesellschaftliche Realität macht uns zu schaffen. Die Herrschenden sind dabei, genau das aus den Köpfen vieler Menschen zu vertreiben wovon wir immer gelebt haben: Die Utopie einer anderen Gesellschaft, den Traum, Probleme, die das Miteinander von Menschen ergeben, anders zu lösen, als der Kapitalismus sich das vorstellt.

Diese Beschreibung unserer Gefühle hier hat nichts mit Opfermentalität zu tun, sondern genau mit der

Schwierigkeit, daß ihr qualitativ härterer Angriff auch neuere und bessere Antworten von uns erfordert, die wir gerade jetzt nicht einfach aus dem Ärmel schütteln können, die wir auch nicht allein finden können und wo uns zur Zeit auch vieles auf die Füße fällt, was wir versäumt haben zu klären.

Wir haben zwar eine gemeinsame Geschichte hier im Hafen, lernen uns in den verschiedenen Situationen immer wieder neu und besser kennen; und was uns eint ist, daß wir jede/r an unterschiedlichen Punkten mit der kapitalistischen Gesellschaft hier angeeckt sind, daß wir so wie früher nicht weiterleben wollten, was Neues ausprobieren wollten, uns dem Zugriff von Bullen, Ausbeutern, ätzenden Familien - und Beziehungsstrukturen entziehen wollten - es einfach anders machen und verändern wollen; und uns auch gegen all das besser wehren wollen. Und doch haben wir im Alltag der letzten Jahre gemerkt, wie leicht sich Gruppen und Strukturen verselbständigen. Das Gefühl für Gemeinsamkeit hatte in der letzten Zeit oft nicht den Stellenwert, der ihm gebührt und Gruppen oder Einzelinteressen standen im Vordergrund. Frau/Mann hatte eigene Schwierigkeiten und den Konflikten außerhalb der Kleingruppe wurde zu oft aus dem Weg gegangen. So entstanden selbst hier im Hafen in den letzten Jahren fast vollständig getrennte Lebenszusammenhänge. Wir verloren fast ein gemeinsames Ziel aus dem Auge. Und so knapp die Zeit auch ist, während wir diesen Angriffen gegenübertreten, brauchen wir auch Raum für klärende Diskussionen, Kritik und Veränderung. Nur in einer freiwilligen, selbstgewollten Gemeinschaft können wir die Stärke erarbeiten, die wir jetzt brauchen.

Dieser Berg war uns schon vorher deutlich, wir haben nicht erst seit der Durchsuchung begonnen daran zu gehen und etwas verändern zu wollen. Wir hatten gemerkt, daß es so, wie es ist, eigentlich nicht weitergeht. Aber es bleibt zu oft bei moralischen Appellen stehen: "Wir müssten das oder das mal angehen!" Und genau das fällt uns immer wieder auf die Füße. In extremen Situationen, wo wir zum gemeinsamen Handeln einfach gezwungen sind oder auch wo wir einfach Lust haben, gemeinsam aktiv zu werden, wird es immer wieder deutlich, daß da Lähmung ist, Sprachlosigkeit oder unfruchtbarer Streit. Und dann geht wieder alles so seinen gewohnten, alltäglichen Gang. Jede/r macht so seine Sachen. Es wird immer deutlicher, daß es existenziell für uns ist, das jetzt zu durchbrechen.

Es geht nicht darum, alles, was wir gemacht haben und machen, in Frage zu stellen, in einem großen Aufwasch alles wegzufegen. Denn in allem steckt ja auch das, was uns ausmacht, unsere Hoffnungen, unsere Versuche, was zu machen, der anderen Seite was entgegenzusetzen. Aber es geht um das "Wie". Wie machen wir das, z.B. auch in einem wiedervereinigten Deutschland oder einem vereinigten Europa als Zusammenhang zu existieren bzw. als eigene Kraft zu stehen gegen den Kapitalismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Es geht darum uns selbst und unsere Situation mal ganz nüchtern zu betrachten. Es geht um die solidarische Diskussion und Aktion mit allen, die sich angesprochen fühlen und die mit uns weitergehen wollen.

Kein Dialog mit Faschisten!

Am Donnerstag, den 12. 7. 90, soll in den Räumen der Akademie der Künste eine Podiumsdiskussion unter der Überschrift "ANTIFASCHISMUS UND TERRORISMUS – EISENSTANGEN UND LEUCHTGESCHOSSE" stattfinden. Hinter diesem unsäglichen Veranstaltungstitel verbirgt sich ein Dialogversuch von *Bärbel Bohley* vom Neuen Forum, *Ulrike Poppel* von Demokratie Jetzt, *Weisshuhn* von Initiative für Frieden und Menschenrechte (alle drei Organisationen sind aus dem Bündnis 90), dem multikulturellen Zentrum *Tacheles* und dem Revolutionären Autonomen Jugendverband *RAJF* mit 2 führenden Faschisten der Nationalen Alternative (NA). Die Vereinigte Linke hat sich nach vorheriger Mitarbeit von Jutta Braband öffentlich von der Veranstaltung distanziert, nachdem bekannt wurde, daß 2 Faschisten zu der Veranstaltung auf das Podium eingeladen worden sind.

Nicht weniger brisant ist dabei auch die Anwesenheit eines Anti-Terror-Spezialisten der Berliner Volkspolizei und des Einsatzleiters der Volkspolizei bei der Antifademo in Lichtenberg.

Nicht nur bietet diese Veranstaltung den Faschisten ein Podium, von dem sie ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können, mehr noch werden sie als akzeptabler Gesprächspartner zu einer gesellschaftlichen Gruppe im "demokratischen Disput" aufgewertet. Sie erhalten also, ausgerechnet von den Linksliberalen eine Einflußmöglichkeit in der Öffentlichkeit, die sie sonst nicht so leicht bekommen können.

Die Veranstaltung zielt auf Desorientierung und Spaltung der antifaschistischen Kräfte. So scheuen sie sich auch nicht die Veranstaltung gegen AntifaschistInnen durch die Volkspolizei schützen zu lassen.

Wir fragen uns (nicht mehr), was diese Oppositionsgruppe bewogen hat, solch eine Veranstaltung zu initiieren. Wir behaupten, daß es den FunktionärInnen um eine Demonstration ihrer angestrebten gesellschaftlichen Position als Vermittlungsinstanz zwischen außerparlamentarischer und staatstragender Linken geht. Um in dieser Aufgabe als Integrationskraft anerkannt zu werden, müssen sie glaubwürdige Erfolge vorweisen. Sie tun dies, indem sie den antifaschistischen Kampf entpolitisieren und zu einer Angelegenheit von "Bandenkriegen" zwischen Autonomen und Faschisten erklären. Deutlich wird das, wenn sie versuchen, den militanten antifaschistischen Kampf friedlich – und das heißt schutzlos – zu machen, anstatt sich an den dringend notwendigen Diskussionen über Selbstschutzmaßnahmen gegenüber den alltäglichen Angriffen durch Faschisten zu beteiligen.

Der Faschismus verschwindet nicht durch den Dialog mit Neo-Nazi-Führern, sondern durch unsere Selbstorganisation und durch entschlossene Gegenwehr.

Antifaschistische Kundgebung
Donnerstag, den 12.7.1990 19.00 Uhr
vor der Akademie der Künste (Berlin-Ost)
Hermann-Matern-Strasse (U-Bahn Invalidenstr.)

Offener Brief an Ingrid Köppe vom Bündnis 90

Ihren Vorschlag zu einem Dialog zwischen der faschistischen ''Nationalen Alternative'' und den ''Autonomen'' halten wir für falsch und gefährlich. Aus unserem antifaschtischem Selbstverständnis ergibt sich, daß wir uns zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen mit Nazis an einen Tisch setzen werden.
Dazu erklären wir:

1. Der Versuch das Problem des erstarkenden Neofaschismus in der DDR und in der BRD auf das Niveau von rivalisierenden Jugendbanden zu reduzieren, ist demagogisch. Der Straßenterror, der von faschistischen Gruppierungen wie der NA, FAP, den Hooligans usw. ausgeht, ist eine Spielart des momentan stattfindenden Rechtsruckes, welcher in der sozialen und ökonomischen Unsicherheit begründet liegt. Besonders ekelhaft wird dieser Rechtsruck durch den geschürten Vereinigungstaumel, der Chauvinismus jedweder Prägung nach oben spült. Daran wird wieder deutlich, daß in der DDR wie in der BRD keine ehrliche und umfassende Auseinandersetzung mit dem Faschismus stattgefunden hat.
Es geht also nicht um einzelne Faschisten, es geht nicht darum, wer von denen wann wen zusammengeschlagen hat, sondern wir müssen den Faschismus als dem kapitalistischen System innewohnend begreifen. In diesem Sinne ist ein Podium von dem herab die Nazis ihre Propagandaleitsätze verkünden, nicht nur unnütz, sondern gefährlich. Es dient dazu, redegewandte Vertreter dieser Ideologie salonfähig zu machen, das Beispiel Schönhuber zeigt dies.

2. Uns BewohnerInnen der Mainzer Str. mit den Nazis der Weitlingstr. gleichzusetzen ist politisch unverschämt und moralisch verkommen, weil die Nationale Alternative und deren Anhänger sich in der Tradition der SA und somit des Völkermordes und der Barbarei des NS_ Regimes verstehen. Diese Gleichsetzung macht Glauben, es gebe kein Faschismus- sondern ein ''Radikalenproblem''; bezeichnend ist dabei, daß Sie dieses Thema erst aufgegriffen haben, nachdem Linke, AusländerInnen, Schwule, Lesben u.a. begonnen haben, sich selbstorganisiert zu wehren.

3. Offensichtlich geht es Ihnen also für sich und Bündnis 90/ Grüne um einen Profilierungsversuch im beginnenden Wahlkampf. Auch Veranstaltungen wie die ''Talkshow mit rechten und linken Jugendlichen'' mit dem bezeichnenden Titel ''Mit Eisenstangen und Brandbomben'' passen in diese Schiene!

Wir lassen uns vor diesen Karren nicht spannenn!

Wir werden uns weiterhin gegen den Naziterror wehren. Unsere Solidarität gehört dabei all denen, die durch Faschisten ebenfalls bedroht sind.

Das Straßenplenum der besetzten Häuser Mainzer Straße
Berlin- Friedrichshain, den 11. Juli 1990

Faschistischer Terror auf dem Ostbahnhof gegen AusländerInnen

21.07.90 Samstag

Der Zug Warschau - Paris kommt an. Die Bahnpolizei versucht Polen am Aussteigen zu hindern, mit der Begründung, sie könnten ja woanders aussteigen. Die Leute drängen aus dem Zug und werden von der BePo vertrieben. Wasserwerfer, Gas, Knüppel werden angewandt, Hunde haben sie außerdem dabei.

24.07. 90 Dienstag

10 - 12 Faschos, Nazis (ca. 20 - 25 Jahre) halten sich in der Nähe der Gepäckfächer auf. Eine kleinere Gruppe Bulgaren geht zu den Gepäckfächern. Ein Bulgare wird von einer Bierflasche im Gesicht getroffen, ein Anderer, von den Nazis/ Faschos zusammengeschlagen, die Anderen fliehen. BePo- einsatz.

27.07. 90 Freitag ca. 21.00 Uhr

Bulgaren, Rumänen schlafen im Bahnhof. Sie werden mittels Knüppeleinsatz geräumt und sammeln sich auf dem Parkplatz vor dem Ostbahnhof. BePo rückt an und treibt die Leute auseinander. Tränengaspistolen und Wasserwerfer werden eingesetzt. Es entsteht eine Paniksituation, die Leute werfen ihr Gepäck in die Büsche, Taschen und Pässe verschwinden.

28.07. 90 Samstag ca. 20.00 Uhr

Bahnpolizisten stoßen einen Bulgaren die Treppe zu den Gepäckfächern runter. Die Bereitschaftspolizei räumt den Bahnhof. 13 Bulgaren werden verhaftet, mit Handschellen abgeführt. Die BePo's sind ausgerüstet mit Helmen, Schildern, Knüppeln, Hunden.

29.07. 90 Sonntag ca 14.00 Uhr

Nur Trapos da und ca. 15 Leute die von den Bulgaren wiedererkannt werden, als Nazis.

ca. 24.00 Uhr

Es sind ungefähr 30 AntifaschistInnen auf dem Ostbahnhof.

ca. 1.00 Uhr

15 LO's kommen, die Bulgaren und Rumänen gehen, bevor sie abgeräumt werden können auf den Mauerstreifen. Die Bullen sind in agressiver Siegerstimmung.

30.07. 90 Montag ca 8.00 oder 9.00 Uhr

Einsatzbullen verjagen die Leute vom Mauerstreifen

Allgemeines:

z.Z., 29.07.90 15.00 Uhr

sind noch ca. 10 Bulgaren in Haft.

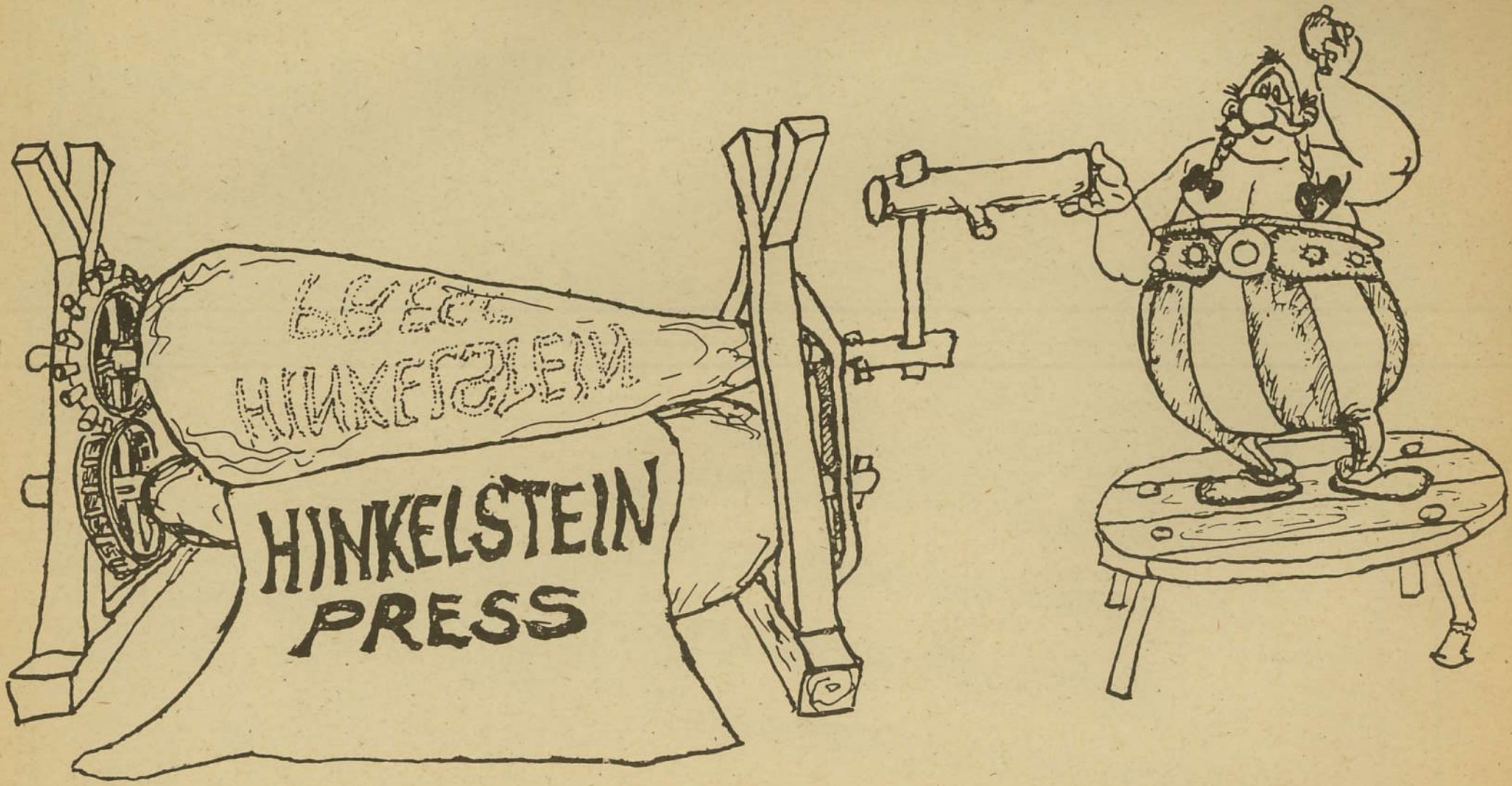
Jeden Tag sind auch Faschos auf dem Bahnhof, mit ziemlicher Sicherheit immer die Gleichen.

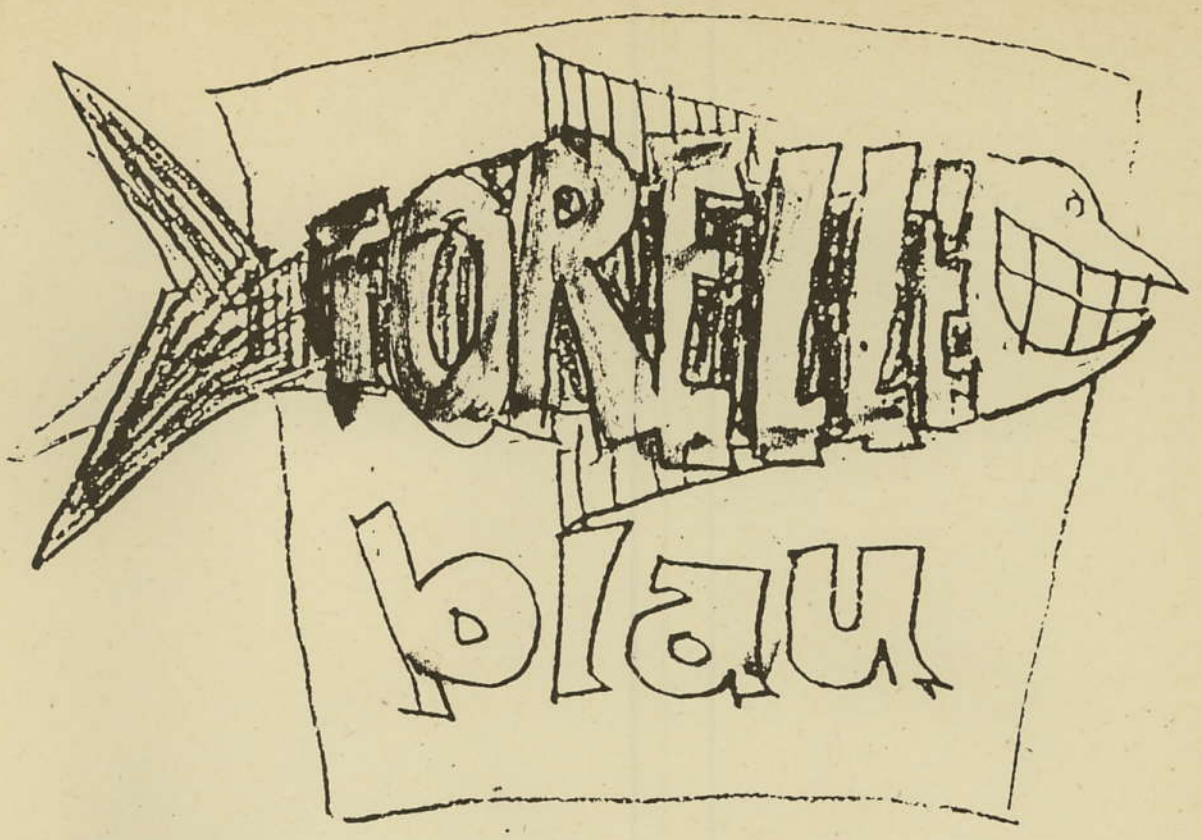
Der Bulgare mit der Gesichtsverletzung wurde ins Krankenhaus geliefert.

Die BePo's knüppeln gezielt auf die Köpfe und sind teilweise mit Maschinenpistolen bewaffnet.

Das Rote Kreuz verweigert jegliche Hilfeleitstung (Tablettenausgabe bei Schmerzen)

Ab 1.08. 90 tritt eine Visarpflicht für Bulgaren in Kraft, d.h. bis Mittwoch werden viele Bulgaren am Ostbahnhof anreisen.

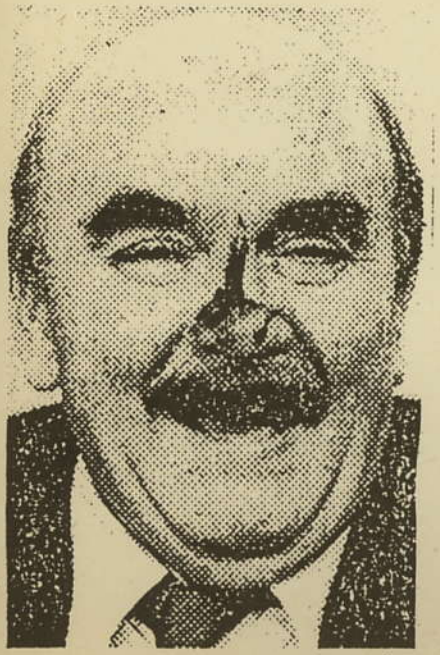

HINKELSTEIN
PRESS



Homosexuelle Kreise,

homosexuelles Milieu !!

Wo ?



Walter Sedlmayr †

Nachtbar "Forelle Blau"
im Walter- Sedlmayr- Haus

Treffpunkt für den anonymen Homoeroten

Mainzer Str. 5, Friedrichshain
So, Mo, Do + Fr ab 22.00 Uhr

Sich regen bringt Segen